:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 22.5.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Demonstration anlässlich des 10. Jahrestages des Solinger Brandanschlags

29. Mai 2003
12.00 Uhr
Auftaktkundgebung auf dem Rathausplatz in Solingen-Mitte

Schilys Mogelpackung

Bundesverfassungsschutzbericht 2002 vorgelegt

Als „gute Quelle aktueller Informationen über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Deutschland“ pries Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) seinen am Dienstag in Berlin vorgestellten Verfassungsschutzbericht 2002. Wie nicht anders zu erwarten, hat die „Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus“ höchste Priorität. In der Skala der Bedrohungen Deutschlands ist der internationale Terrorismus nach Aussage Schilys inzwischen an die erste Stelle gerückt. Die mehr als 30000 Mitglieder in „islamistischen Organisationen“ müssten beobachtet werden, um zu verhindern, dass sie „in unserem Land Hass und Unfrieden schüren“, so Schily.

Aktuelle und faktenreiche Informationen über tatsächliche Gefahren sucht man aber auch im neuesten Verfassungsschutzbericht vergebens. Stattdessen werden sogenannte Extremisten von links und rechts in einen Topf geworfen. Die Zahl „politisch motivierter Straftaten“ sei insgesamt um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 12933 im Jahr 2002 zurückgegangen. Politisch motivierte Tötungsdelikte hat es laut Schily-Bericht nicht gegeben. Allein Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel wiesen in diesem Zusammenhang auf sieben getötete Menschen 2002 hin.

Rückläufig war laut Verfassungsschutz auch die „politisch motivierte Kriminalität von links“. 3639 Straftaten, 18 Prozent weniger als 2001, sind im vergangenen Jahr gezählt worden. Wie immer werden dabei vorwiegend Delikte wie Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgeführt, die in der Bilanz der Rechten unberücksichtigt bleiben. Dies ist um so skandalöser, als die Verfassungsschützer laut Bericht zunehmend mehr Delikte des Widerstands gegen die Staatsgewalt auf neofaschistischen Demonstrationen beobachtet haben. Es passt aber offensichtlich besser ins Bild der Sicherheitspolitik der Bundesregierung, dass Gefahren gleichermaßen von links und rechts ausgehen.

Angesichts dessen kann es auch kaum verwundern, dass die skandalösen Pannen im Zuge des NPD-Verbotsverfahrens keinerlei Erwähnung finden. Statt dessen will Schily einen Erfolg in den rückläufigen Mitgliederzahlen bei der NPD ausgemacht haben. Andererseits wird zwar ein Anstieg der Mitglieder in den Kameradschaften registriert, ohne aber darauf hinzuweisen, dass diese während des NPD-Verbotsverfahrens als entscheidender Reorganisierungsort der sich von der NPD abwendenden Neonazis fungierten.

Ohnehin nimmt es der Verfassungsschutz nicht ganz so genau mit Zahlen. Laut Bericht zählt die Kommunistische Plattform der PDS 1500 Anhänger, und im selben Atemzug werden die „gewaltbereiten Linksextremisten“ auf 5500 beziffert. Wie auch in den vergangenen Jahren ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik e.V. (BdA) wieder im Verfassungschutzbericht zu finden. Die Schlapphüte beschreiben den Zusammenschluss dieser Organisationen als „herausragendes Ereignis im Bereich des organisierten linksextremistischen Antifaschismus“. Dem VVN-BdA wird zur Last gelegt, dass die Organisation mit Autonomen und als verfassungsfeindlich eingestuften Gruppierungen zusammenarbeiten würde.

Bleibt abschließend noch zu berichten, dass der „Zuschuss“ (der Gesamtetat ist nur wenigen bekannt) aus dem Bundeshaushalt 2002 mit rund 125 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr wieder gesteigert werden konnte. 2235 Bedienstete arbeiten offiziell für den Verfassungsschutz. *Ulla Jelpke* ■

Aus dem Verfassungsschutzbericht 2002:

Rechtsextremisten in Deutschland

Der Verfassungsschutz zählt im Jahr 2002 rund 45.000 Personen zur rechtsextremen Szene in Deutschland (ein Rückgang um rund 10 % gegenüber 2001, da waren es 49.700). Davon sind 32.500 Mitglieder in 146 rechtsextremistische Organisationen (2001: 141 Organisationen).
10.700 Rechtsextremisten sind nicht organisiert, sondern subkulturell geprägt (2001: 10.400). Die Zahl dieser gewaltbereiten Rechtsextremen ist damit wiederum gestiegen, diesmal um 3 %. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Skinheads.
28.100 der erfassten Rechtsextremisten sind Mitglieder in rechtsextremen Parteien (2001: 33.000) (die großen: Die Republikaner (9.000 Mitglieder; 2001: 11.500), DVU (13.000 Mitglieder, 2001: 15.000), NPD (6.100 Mitglieder, 2001: 6.500)).

Aus dem Inhalt:

José María Aznar – Francos Enkel und neofrankistischer Demokrator 7
Dreiländer-Wanderausstellung startet 12

Nolte in Rom

ITALIEN/ROM. Befremdet zeigt sich die jüdische Gemeinde in Rom über einen Vortrag des umstrittenen deutschen Historikers Ernst Nolte im römischen Senat. Nach Angaben der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ hatte Nolte in seinem Referat u.a. Israel mit dem Naziregime verglichen. „Das einzige Element der Unterscheidung zwischen Israel und dem Dritten Reich könnte Auschwitz sein“, so der 80-jährige Nolte.

Zuhörer hatten gegen die Äußerungen des Trägers des „Adenauer-Preises“ der „Deutschland-Stiftung“ protestiert.

hma ■

Abtreibungsgegner verurteilt

USA/BUFFALO. Der militante Abtreibungsgegner James Kopp ist von einem Gericht in Buffalo/USA wegen des Mordes an einem Arzt zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Bundesgericht von Buffalo im Bundesstaat New York sah es als erwiesen an, daß Kopp den Arzt Barnet Slepian im Oktober 1998 in der Nähe von Buffalo mit einer großkalibrigen Jagdwaffe erschossen habe, weil dieser Schwangerschaftsunterbrechungen durchgeführt hatte. Der 48-jährige Verurteilte war bei der Urteilsverkündung nicht anwesend. Während seiner zweitägigen Anhörung hatte Kopp beteuert, dass er den Arzt nicht habe töten wollen. *hma* ■

Brüder im Geiste

KARLSRUHE. Zum Irakkrieg könne man „unterschiedlicher Meinung“ sein, so das Blättchen „Erneuerung und Abwehr“ in seiner letzten Ausgabe. Aber die Ablehnung einer „Anknüpfung (von Kirchenführern) an die Phraseologie der sogenannten Friedensbewegung“ sei Konsens. Einen Konsens hatte es nach einer internen Auseinandersetzung in der am rechten Rand der Evangelischen Kirche angesiedelten „Evangelische Notgemeinschaft für Deutschland“ (EniD) schon länger nicht mehr gegeben. Nun hat die Vereinigung einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wurde der Münchner Publizist Ulrich Motte, der in der Vergangenheit auch Autor in der „Jungen Freiheit“ und der Zeitschrift „Criticon“ war. Sein Stellvertreter wurde Dr. theol. Jürgen-Burkhard Klautke, Dozent für Theologie aus Lahnau und Autor der Schrift „Gegen die Schöpfung. Homosexualität im Lichte der heiligen Schrift“. Klauke ist, wie der ebenfalls im neuen EniD-Vorstand vertretene Theologe Dr. Lothar Gassmann aus Pforzheim, Mitarbeiter der „Arbeitsgemeinschaft für religiöse Fragen“ (A.R.F.) die u.a. Informationsmaterial über „Sekten, Weltanschauungen und Glaubensfragen“ verbreitet. Dazu gehören auch Schriften zu Themen wie „Abtreibung“, „Homosexualität“, „Globalisierung und Antichrist“ und „Was wollen die Grünen ?“. Weitere Vorstandsmitglieder sind u.a. Dr. Ing. Christof Ehrler aus Bischofswerda, der langjährige ENiD-Funktionär Walter Rominger aus Albstadt, der Augenarzt Dr. med. Rainer Zoch aus Höhr-Grenzhausen und als Schatzmeister der Diplom-Volkswirt Arno Peter Müller aus Bad Rodach. Zu den ersten Beschlüssen des neuen Vorstands gehörte die Verlegung der Geschäftsstelle nach Karlsruhe.

hma ■

Morsche Knochen

BERLIN. Während des Irak-Krieges war der langjährige Kriegsreporter Peter Scholl-Latour regelmäßiger Gast in deutschen Fernsehstudios. In einem Interview mit dem konservativen Magazin „Focus“ (15/03) enthüllte der mehrfache Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ noch ganz private Vorlieben. Gefragt, welches Lied der 1924 in Bochum geborene Scholl-Latour gerne singe, antwortete der: „Es zittern die morschen Knochen...“.

Das von dem späteren Mitarbeiter der NS-Reichsjugendführung, Hans Baumann, verfasste Stück „war neben dem Horst-Wessel-Lied die politische Hymne des Dritten Reichs“, wie es die neofaschistische Zeitschrift „Nation und Europa“ bemerkte. *hma* ■

Möllemänner ganz rechts

COBURG. Interviews mit gleich zwei ehemaligen FDP-Prominenten präsentiert die Mai-Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“: Jürgen W. Möllemann und Jamal Karsli.

Der in Syrien geborene Karsli, der gerade eine neue Partei gründet, behauptet dort u.a., dass die „Verflechtung von Politik und Medien“ in den USA von der „zionistischen Lobby“ schon „immer sehr gut ausgenutzt“ worden ist, um „Einfluß in der amerikanischen Politik geltend zu machen“. Möllemann hält sich in dem Interview weitgehend bedeckt und distanziert sich sogar verbal von Jörg Haider und Ronald Schill. Trotz der Distanzierungen zeugt hingegen eine Werbeschrift des „Buchdienst Nation Europa“ für unverhohlene Sympathie mit dem ehemaligen Vize-Kanzler und seinem neuen Buch „Klartext. Für Deutschland“: „Gestürzt und verfemt, weil er Israel zu kritisieren wagte und sich mit Michel Friedman anlegte: Jetzt schlägt Jürgen Möllemann zurück, schildert, wie FDP-Chef Westerwelle vom israelischen Geheimdienst „Mossad“ unter Druck gesetzt wurde“.

Möllemann „prangert Opportunismus und Heuchelei an, plädiert für eine neue Politik – mutig und patriotisch“ und stellt „das alte Parteiensystem in Frage“.

hma ■

Ermittlungen gegen Neonazi-Bands

DORTMUND. Mehrere Monate intensiver antifaschistischer Aktivitäten in Dortmund und anderen Städten des Ruhrgebietes scheinen nun endlich Wirkung zu zeigen: Acht Wohnungen von Mitgliedern der Skinheadband „Oidoxie“ und „Weiße Wölfe“ wurden von Beamten des Dortmunder Staatsschutzes durchsucht.

Die Aktion im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der örtlichen Stattsanwaltschaft fand laut Pressestelle der Polizei bereits am vergangenen Dienstag statt. Die 24 bis 31 Jahre alten Bandmitglieder stehen im Verdacht, CDs und Videos mit volksverhetzendem Charakter und nationalsozialistischem Inhalt hergestellt und verbreitet zu haben. Nähere Aussagen wollten weder die Polizei noch Oberstaatsanwalt Bernhard Düllmann machen, da das sicher gestellte Material erst noch ausgewertet werden müsse.

Bereits seit Anfang des Jahres hatten verschiedene Antifa-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer Kampagne gegen RechtsRock wichtige Aufklärungsarbeit geleistet und die Bevölkerung über das Treiben neofaschistischer Bands und deren Mitglieder aufgeklärt. Insbesondere die Dortmunder Band „Oidoxie“ wurde dabei ins Visier genommen, da deren Mitglieder eine Schlüsselposition in der Naziszene einnehmen und als eine Art „Haus- und Hofband“ für den Hamburger Neofaschisten Christian Worch fungieren würden. Immer wieder versuchen die Anführer der so genannten „Freien Kameradschaften“, Jugendliche über Rechts-Rock-Bands an ihre Politik zu binden.

Der Durchsuchungsaktion des Staatsschutzes waren massiver Druck von Antifa-Gruppen sowie eine gut recherchierte Hintergrundberichterstattung der Antifa-Zeitschrift Lotta vorausgegangen. Es hatte erst einer Anzeige des NRW-

Landessprechers der VVN-BdA Jupp Angenfort bedurft, damit die Polizei überhaupt Ermittlungen einleitete. Erst vor wenigen Wochen hatte der Leiter des Dortmunder Staatsschutzes, Jörg Lukat, gegenüber der Westfälischen Rundschau die Neonaziszene der Stadt wiederholt verharmlost. Seiner Behörde sei das neonazistische Video „Kriegsberichterstatter V“, in dem „Oidoxie“ das verbotene „Hakenkreuzlied“ singt, nicht bekannt, hieß es, obwohl es mehrere Journalisten bereits begutachtet hatten. Das im Stadtrat vertretene „Linke Bündnis Dortmund“ hatte daraufhin eine „lückenlose Aufklärung des erneuten Vertuschenwollens neofaschistischer Aktivitäten durch den örtlichen Staatsschutz“ gefordert und den Beamten die „Förderung neonazistischer Strukturen vorgeworfen“.

Markus Bernhardt, Dortmund, ND, 8.5.03
weitere Infos unter www.antifa-nrw.de und www.freee.de/lotta ■

Hausverbot für Neonazis

Weimar. Die Gedenkstätte Buchenwald hat gegen 14 Rechtsradikale aus Nordthüringen Hausverbot verhängt. Die Neonazis hatten am Sonntag auf dem Waldfriedhof des sowjetischen Speziallagers 2 eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung durchgeführt, um nach eigenem Bekunden ihre „Ahnen“ zu ehren. Daraufhin hat die Polizei Platzverweise ausgesprochen und den Kranz entfernen lassen. Die Gedenkstätte teilte mit, eine solche Veranstaltung widerspreche den Zielen der Stiftung, verletze das Andenken der Opfer des sowjetischen Lagers und störe die Totenruhe. Seit 1994 war dies wieder der erste Versuch Rechtsradikaler, Buchenwald für politische Ziele zu missbrauchen.

www.mdr.de/nachrichten/thueringen ■

Kein Forum für Nazis in Berlin-Treptow

In Berlin-Treptow protestieren AntifaschistInnen gegen den Brücke 7 e.V., der NPD-Kadern ein Forum bietet. Ein Flugblatt aus Treptow dazu: „Kein Forum für Nazis!!! Am 9. Mai 2003 fand in den Räumlichkeiten des Brücke 7 e.V. in Berlin-Schöneweide eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie national dürfen unsere Parteien und Randgruppen sein?“ statt. Die Betreiber der Brücke 7 gerieten bereits vor mehreren Wochen in die Kritik, als am 28. März 2003 eine von ihnen organisierte Veranstaltung von 15 rechtsextremen Besuchern dominiert wurde. Alternative Jugendliche wurden durch das inkonsequente Verhalten der Brücke 7-Betreiber gegenüber den anwesenden Neo-Nazis ausgegrenzt. Der Brücke-7-Chef, Claus Bubolz, versuchte im Anschluss die Kritik der Treptower Antifa Gruppe mit juristischen Schritten zu unterbinden. Bei der letzten Veranstaltung nahmen u.a. die zwei führenden Berliner NPD-Funktionäre Jörg Hähnel und Rene Bethage, sowie etwa 10 rechtsextreme Jugendliche teil. Wir rufen alle AnwohnerInnen dazu auf, dafür zu sorgen, dass Treptow keine Spielwiese für NPD-Nazis und ihre menschenverachtende Propaganda wird.“

Kontakt: Treptower Antifa Gruppe (T.A.G.) c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10249 Berlin Telefon: 0173-1070626, eMail: T.A.G.@firemail.de ■

Demonstration in Gera am 24. Mai

Gera. Im Rahmen der AAG-Kampagne gegen Naziläden in Gera findet am 24. Mai unter dem Motto „den rechten Alltagsbetrieb angreifen!“ eine ATAG-Demo statt. Diese richtet sich gegen die Geschäfte „Inside“, „Youngland“, „US Goods“, „Hard-Rock-Shop“, „Fallen Angel“ und die Online-Versände „Aufruhr Versand“, „Donnerschlag“ und „88 Records“ (alles in Gera). Auf der Abschlusskundgebung werden Live-DJs vom Lauti Musik auflegen und danach findet unter dem Motto „HC gainst nazi scum“ ein antifaschistisches HC-Benefiz statt. Inzwischen mobilisieren Nazis unter dem Motto „Nationale Strukturen verteidigen!“ zu Gegenaktionen. So wird dazu aufgerufen „einen Besuch in Gera zu erwägen“, um sich „die vielen Sehenswürdigkeiten dort anzuschauen. Da das alleine eher langweilig wäre bringt ihr am besten viele eurer Freunde mit und bildet größere Touristengruppen. Die Linken wollen sich um 16.00 Uhr am Südbahnhof treffen.“ Dass derartigen Aufrufen in Gera Folge geleistet wird, sahen wir bei der letzten antifaschistischen Demo in Gera, als Nazis sogar eine „Gegenkundgebung“ anmeldeten. Diese wurde zwar verboten, die Nazis versuchten dennoch zur Demo zu gelangen und wurden in Unterbindungsgewahrsam genommen. Auf nach Gera – den rechten Alltagsbetrieb angreifen! Für linke Kultur und antifaschistischen Lifestyle!

Antifaschistische Aktion Gera (AAG) aag@antifa.net, http://aag.antifa.net ■

Republikaner kündigen Bundeszentrale

Berlin. Die rechtsextremen Republikaner verlassen „aus Kostengründen“ ihre Bundeszentrale in der Berliner Straße 128 in Berlin-Pankow und beziehen in wenigen Tagen bedeutend kleinere Räumlichkeiten ebenfalls in der Berliner Straße. Der Einzug der Neonazipartei in die sogenannte „Gárbaty-Villa“ im Febuar 1999 hatte in der Bevölkerung eine Welle des Protests ausgelöst, der nicht abflaute. Das Anwesen der jüdischen Familie Gárbaty wurde während der Naziherrschaft „zwangsarisiert“. Eine Pressesprecherin der Reps begründete diesen Schritt mit „Finanzierungsschwierigkeiten“, die sich durch anhaltenden Mitgliederschwund und die Wahlschlappen der Partei begründen lassen. Nun heißt es also, den Kampf gegen das kleinere Domizil fortzusetzen.

www.info-cafe-pankow.de ■

2. Thüringentag

Gotha. Am 31.5. soll in Gotha der „2. Thüringentag der nationalen Jugend“ (angemeldet vor der Stadthalle) um 13 Uhr beginnen und um ca. 21 Uhr beendet sein. Geplant ist ein Programm mit Reden, Musik usw. Momentan ist die Veranstaltung verboten, aber das heißt ja bekanntlich nicht, dass sie nicht doch unter Auflagen stattfindet. In Gotha plant deshalb ein Bündnis verschiedene Gegenaktivitäten, über Routen und genaue Aktivitäten wird noch verhandelt.

Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen u. rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD), Büro Erfurt, abad-ef@gmx.de, www.abad-th.de ■

2.600 sind Neonazis, organisiert in Kameradschaften und Gruppierungen (2001: 2.800). In Deutschland gibt es 160 Kameradschaften (2001: 150)

Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Im Jahr 2002 registrierte das Bundeskriminalamt 12.933 politisch rechts motivierte Straftaten (2001: 14.725). Davon werden 10.902 Straftaten als rechtsextremistisch eingestuft (2001: 10.054) - u.a. 772 Gewalttaten (2001: 709) und 7.249 Propagandadelikte (2001: 6.336).
Zu den Gewalttaten zählten u.a. 8 versuchte Tötungsdelikte, 646 Körperverletzungen und 26 Brandstiftungen. Zu den „sonstigen Straftaten“ gehören u.a. 30 Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten. (2001: 1 Tötungsdelikt, 9 versuchte Tötungsdelikte, 626 Körperverletzungen, 16 Brandstiftungen, 30 Friedhofsschändungen).

440 der Gewalttaten richteten sich gegen Menschen aus anderen Herkunftsländern – also waren 2001 56,9 % aller rechtsextremen Gewalttaten fremdenfeindlich motiviert (2001: 374 Gewalttaten, 53 %). 150 Gewaltdelikte (19,4 %) richteten sich gegen (mutmaßlich) politisch links orientierte Menschen (2001: 153, 21,6 %). 28 Taten (3,6 %) waren antisemitisch motiviert (2001: 18 Taten, 2,5 %).

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2002, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2002; als pdf herunterladbar unter www.verfassungsschutz.de

Kein Rabehl-Auftritt in Frankfurt/O. – Rechter Prof ausgeladen

Frankfurt/O. Für Mittwoch, den 7. Mai hatte die Studenteninitiative LAHODA Belarus e.V. zu einer Veranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema Medien und Krieg in den Mensa- und Hörsaalkomplex der Universität Viadrina in Frankfurt eingeladen.

Referieren bzw. diskutieren sollten die drei Mitglieder des Philosophischen Salons e.V. Stefan Pribnow (Vorsitzender), Dr. Harald Wessel und auch Prof. Dr. Bernd Rabehl. Dazu kam es allerdings nicht. Am Mittwoch, wenige Minuten vor Veranstaltungsbeginn, beschloss LAHODA das Treffen mit Rabehl platzen zu lassen. Vorausgegangen war dieser Entscheidung offenbar die Umgestaltung des gegenüberliegenden Bauzauns mit der Parole: „7.5. Keine Räume für Rassisten! Rabehl verpiss Dich!“. Daneben waren mehrere Plakate, welche die Beendigung von Rabehls Lehrtätigkeit forderten, geklebt worden.

Erst durch diese Aktion war LAHODA, von denen zumindest Teile schon vor einer Woche Informationen über Rabehls Rechtslastigkeit hatten, klar geworden, wen sie sich dort eingeladen hatten.

Der Grund für die Absage war aber leider nicht die Ablehnung Rabehls sondern die Angst, „linke Autonome“ könnten die Veranstaltung kippen. Die VeranstalterInnen zeigten sich jedoch etwas düpiert, dass der Philosophische Salon e.V. ihnen diesen dubiosen Rabehl vermittelt hatte. Das nächste Mal sollte also für LAHODA gelten: Mal recherchieren, wen man sich als Gäste einlädt.

Mehr Infos gibt es hier: http://www.inforiot.de ■

Mahnmale geschändet

Gotha. Wut und Entsetzen stand den zahlreichen Besuchern des Gothaer Hauptfriedhofs ins Gesicht geschrieben: Unbekannte hatten den Obelisken im Gräberfeld im Alliiertenhain und das Sowjetische Ehrenmal beschmiert. Hakenkreuze, Davidstern und Beschimpfungen empfingen diejenigen, die den Opfern und dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor 58 Jahren gedenken wollten. „Es wird Zeit, endlich wach zu werden“, verurteilte PDS-Stadtratsfraktionsvorsitzender Manfred Junge die mutmaßlich von rechten Tätern in der Nacht begangene Grabschändung.

Für zusätzlichen Unmut sorgte eine vermeintlich Oberbürgermeister Volker Doenitz zugeschriebene Äußerung, wonach die Schändung der Mahnmale nicht publik gemacht werden solle. Tatsächlich erstattete die Stadt inzwischen Anzeige; Doenitz besuchte den Friedhof und verurteilte die Freveltat.

TLZ 8.5.2003 ■

„Nationaler Aktionstag“ in Augsburg gestört!

Für den 3.5.2003 rief die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) zu einem „nationalen Aktionstag“ mit Infostand und Saalveranstaltung auf. Die ca. 8 Nazis am Info-Stand vor der Deutschen Bank am Augsburger Königsplatz waren stets von mehr als doppelt so vielen Antifas und Punks umringt, was neben der zeitweisen Anwesenheit der Polizei dazu beigetragen haben dürfte, dass die FaschistInnen kaum Flugblätter an die Leute brachten und den Stand auch vorzeitig abbrachen. Bei der nachmittäglichen Veranstaltung in der Gaststätte Bayrischer Löwe in der Ulmer Straße waren schätzungsweise 25 Nazis zu Gast. Bereits vor eineinhalb Jahren hatte der Pächter der DVU seine Räume zu Verfügung gestellt. Nach seinen Angaben wurde damals die Fassade besprüht, dieses Mal bekam sie einige Farbbeutel ab. Zu der Einsicht, den FaschistInnen eine Nutzung seiner Räumlichkeiten zu versagen, wollte er aber bisher noch nicht gelangen. *Einige Augsburger Antifas* ■

Netzwerk-Newsletter Weimar 3/2003

Weimar. Der erste Nazi-Aufmarsch in diesem Jahr ist vorüber, zum „Führergeburtstag“ versammelten sich armselige 100 Braunhirne und verdarben rund 600 BürgerInnen das Osterfest. Im Weimarhallenpark hatten sich diese ein wenig selbst isoliert, und es gab auch in manch anderer Hinsicht reichlich Kritik an der Organisation und Zusammenarbeit der „BürgerInnen gegen Rechtsextremismus“ mit der Stadtverwaltung, vor allem aber umgekehrt. Natürlich war in erster Linie die Tatsache, dass viele die Ostertage und Osterferien zum Verreisen nutzten oder traditionell im Familienkreise verbringen, dafür verantwortlich, dass die Bemühungen gegen den braunen Aufmarsch etwas mühsam vonstatten gingen. Trotzdem konnte sich das, was die Aktiven im Weimarhallenpark (Infostände, Musikprogramm, offizieller Teil mit Reden, Ausstellungen, Kinderprogramm, Kino usw.), mit dem „Blauen Hand Projekt“ zwischen Friedensstraße und Theaterplatz und mit dem StuRa-Soundsystem in den Straßen der Stadt auf die Beine gestellt haben, sehen lassen. Eine spontane Demonstration mit Sitzblockade sorgte für etwas Aufruhr und brach die etwas unglücklich gewählte Selbstisolation in der Senke des Parks auf.

Etwas enttäuschend fiel der Part der Thüringer Friedensbewegung aus: Stafetten einer thüringen-weiten Fahrradsternfahrt sollten in Weimar eintreffen; es kamen nur zwei, drei Dutzend. Und das, obwohl die Kampfhandlungen im Irak noch gar nicht recht beendet waren. Eine Kurzatmigkeit der Friedensbegeisterung, die doch zu denken gibt!

Eine gute, offene Nachbereitung am Mittwoch im Kreise der „BürgerInnen gegen Rechtsextremismus“ lässt hoffen, dass man künftig etwas besser mit den eigenen Kräften haushält, Ermüdungserscheinungen einkalkuliert und wieder etwas offensiver Gesicht zeigt als in einem sonnendurchfluteten Park. Denn das wird nötig sein: Für den 9. November ist bereits der nächste Nazi-Auftrieb angemeldet!

Im ehemaligen Desinfektionsgebäude der Gedenkstätte Buchenwald ist noch bis zum 28. September 2003 die Ausstellung „Schwarz auf Weiß – Die ersten Fotos aus dem befreiten KZ Buchenwald“ zu sehen, die anlässlich des Jahrestages der (Selbst-)Befreiung eröffnet worden ist.

Fritz Burschel, Netzwerkbüro, Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus email: weimar-gegen-rechts@web.de ■

Keine fundierten Erkenntnisse vorhanden?

Frankfurt. Die PDS-Fraktion im Römer hatte im Januar eine umfangreiche Anfrage an den Magistrat gerichtet, mit der sie Genaueres über rechtsextremistische, ausländerfeindliche und antisemitische Straftaten in Frankfurt im Jahr 2002 wissen wollte (siehe AN 2-2003).

Der Anlass für diese Anfrage war eine Meinungsumfrage, die im Auftrag der Leipziger Universität durchgeführt worden war und ergeben hatte, dass der Antisemitismus unter der westdeutschen Bevölkerung in den letzten Jahren stark angestiegen ist.

Mittlerweile liegt eine mehr als dürftige Antwort des Magistrats vor (B 249). Danach seien – abgesehen von gelegentlichen Schmiereren an Schulen – “keine fundierten Erkenntnisse” vorhanden. Die Stellungnahme beschränkt sich auf einen Bericht des Frankfurter Polizeipräsidiums, der eine Statstik über Ermittlungsverfahren mit rechtsradikalem Hintergrund enthält: 1998: 138, 1999: 119, 2000: 249, 2001: 172, 2002: 181 (seit 2001 wird der Main-Taunus-Kreis nicht mehr erfasst, da er Wiesbaden zugeordnet wurde).

Vielleicht sollte die PDS-Fraktion hier nochmal mit einem Fragenkatalog nachhaken, der nicht ausschließlich auf den strafrechtsrelevanten Bereich zielt. Immerhin enthält nahezu jeder Antrag der Republikaner, die bekanntlich nicht nur im Kommulparlament sondern auch im Magistrat vertreten sind, ausländerfeindliche und nicht selten auch antisemitisch gefärbte Aussagen. *ola* ■

Bürgerkriegskonzept für die Truppe

Kanonen auf den Feind im Innern

Wilhelm II. schwor einst seine Soldaten ein: „Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen.“ Edmund Stoiber legte im September 2001 die moderne Variante dieses Schwurs ab – diesmal islamische Umtriebe benennend: Die ganze Gesellschaft müsse erkennen, dass unsere Lebensordnung „durch Tausende von irregeleiteten fanatischen Terroristen mit möglicherweise Millionen Unterstützern“ massiv bedroht sei, weshalb der „Einsatz der Bundeswehr im Innern“ geregelt werden müsse.

In dem Entwurf der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien kommt die SPD-Führung nun diesen Forderungen nach: „Zum Schutz der Bevölkerung und lebenswichtiger Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten.“ Dieser geplante umfangreiche Einsatz der Bundeswehr im Innern ist ein weiterer Bruch des Grundgesetzes, der mit der neuen Militärkonzeption insbesondere zur Vorbereitung des „präventiven“ Angriffskrieges Gestalt annimmt. Der noch laufende Wachdienst der Bundeswehr bei den US-amerikanischen Militärstandorten in Deutschland auch mittels Wehrpflichtigen stehe hier Pate, schreibt dazu Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) aus Tübingen.

Nicht nur rechteste CDU/CSU-Politiker sondern auch brutalstmögliche Militärs haben dem Minister Struck die Feder geführt. Schon Ende Juli 2002 forderten der „Gebirgsjägerkameradenkreis“ und einer seiner Repräsentanten, der Ex-Kosovo-Kommandant General Dr. Klaus Reinhardt, die Bundeswehr auch „zu Hause“ einzusetzen. Schließlich sei es doch die zentrale Aufgabe der KFOR und anderer internationaler Eingreiftruppen gewesen, für „innere Sicherheit“ zu sorgen. „Die Berufung auf die Geschichte ist nicht mehr zeitgemäß“, ergänzte Günther Beckstein (CSU-Minister).

Bisher hatten vor allem auch die Gewerkschaften mahnend auf die Geschichte verwiesen. So auf den Einsatz der Regierungstruppen im Jahre 1920, die, unter Befehl von gerade von den Arbeitern vor den Kapp-Putschisten geretteten SPD-Politiker stehend, über tausend republikanische Ruhrarbeiter erschossen. Doch jetzt schweigen die Gewerkschaften. Ausgerechnet ein Sprecher der FDP, MdB Günther Nolting, musste nach Veröffentlichung des Struck-Papiers die sozialdemokratische Arbeiterbewegung daran erinnern: „Soll hier etwa der Grundstein für präventive Einsätze der Bundeswehr gelegt werden? Davor kann nur gewarnt werden.“ Und weiter unter Hinweis auf den Einsatz der Bundeswehr – zum Beispiel auch mit Wehrpflichtigen – im Inneren: „Es ist mir völlig unverständlich, dass die traditionsreiche SPD offensichtlich beabsichtigt, so grundlegende und weit reichende Änderungen über den Einsatz deutscher Streitkräfte zu verabschieden.“

Wann äußern sich endlich die Gewerkschaften? Wann nehmen sie die Wehrdebatten und Antinotstandsbewegungen der 50er und 60er Jahre wieder auf? Wann erinnern sie sich an das im Ringen gegen die Notstandsgesetze erkämpfte Widerstandsrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ *Ulrich Sander* ■

Demonstranten verhüllen Krieger

Dortmund. Am 8. Mai 2002 trafen sich in Dortmund-Oespel am dortigen Kriegerdenkmal circa 60 Angehörige der rechtsextremistischen Szene, unter ihnen die bekannten Siegfried Borchardt und Friedhelm Busse, und legten einen Kranz nieder.

In diesem Jahr sollte ihnen das nicht wieder gelingen. Das Bündnis „Dortmund gegen rechts“ rief für den 8. Mai zu einer Kundgebung an dem Kriegerdenkmal in Dortmund Oespel an der Hedwigstraße auf. Rund 100 Menschen kamen.

Das in den 30er Jahren errichtete Denkmal, das zwei Krieger darstellt, wurde während der Kundgebung mit Tüchern verhüllt, die Tücher mit „Blut“ (roter Farbe) bespritzt. Prof. Dr. Jürgen Zänker (FH Dortmund Fachbereich Design) sagte auf der Kundgebung:

„Die Nazis instrumentalisierten ihre Kriegerdenkmäler, die vorgeblich der Opfer des Ersten Weltkriegs gedenken und diese betrauern sollen, systematisch zur Einstimmung auf einen neuen Krieg, zur „Tilgung der deutschen Schmach“, zur Vorbereitung des Rachefeldzug genannten Eroberungskriegs. Mit der ideologischen Aussage dieser Denkmäler

wurde Wehrbereitschaft erzeugt oder aufrecht erhalten.

Diese nationalistischen, revanchistischen und auch faschistischen Denkmäler stehen bis heute unbehelligt an ihren jeweiligen Orten und dürfen ihre unheilvolle Ideologie ohne Einschränkung oder Kommentar verbreiten... Sie werden gepflegt und immer wieder von aufgesprühten Kommentaren gereinigt, obwohl gerade die Graffiti häufig den wahren Sinn verdeutlichen und die Ideologie entlarven. 1986/87 war auf dem Sockel des Denkmals die folgende Inschrift angebracht: „Wir zeichnen den Mördern ein Denkmal - mensch denk mal!“ ... Es ist höchste Zeit, diese Denkmal zu enttarnen und diesen scheinbar immer noch vor sich hin schlummernden Blindgänger zu entschärfen, denn ideologisch ist er durchaus noch scharf und virulent. Das Denkmal muss durch Aufklärung erneut ins Gerede gebracht und verständlich gemacht werden. Das Objekt darf in Zukunft auf keinen Fall mehr als Kristallisationskern und Anziehungspunkt neonazistischer oder militaristischer Umtriebe funktionieren.“

Auch Dr. Frank Gillmeister (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass das unter Schirmherrschaft von NSDAP-Reichsorganisationsleiter Robert Ley in den 30er Jahren eingeweihte Kriegerdenkmal in keiner Weise ein Mahnmal darstellt. Es sei in dieser Form nicht länger tragbar. Auch der Standort, direkt neben einem Kinderspielplatz sei angesichts der Vorkommnisse vom letzten Jahr zu überdenken:

„Keine Tafel, kein Hinweis, keine Erklärungen. Sollen denn heute die Kinder wieder aufwachsen im Schatten eines solchen Monstrums?“

Bündnis 90/Die Grünen wollen sich gemeinsam mit der Bürgerinitiative BIO-Oespel dafür einsetzen, das Kriegerdenkmal von seinem heutigen Standplatz zu entfernen. Diskutiert wird über eine Verlagerung in eine entsprechende Ausstellung, eine ergänzende Erweiterung oder evtl. auch über einen Abriss.

u.b. ■

15.4.2003: Freiburger Waffeninspekteure bei Rüstungszulieferer LITEF mussten draußen bleiben

30 KriegsgegnerInnen statteten am 15. April dem Rüstungszulieferer „LITEF“ in Freiburg einen Besuch ab und forderten Öffentliche „Tatort-Inspektionen“ an allen Einrichtungen, die Kriege fördern, finanzieren oder an ihnen verdienen.“ „Zutritt für Betriebsfremde verboten“ war wenig einladend auf einem Schild am Haupttor der Firma LITEF, Lörracherstr. 18, zu lesen, einer Tochter des US-Rüstungskonzerns LITTON-Industries. Die mittelständische Firma mit 630 Beschäftigten stellt die Navigationssysteme für Schiffe, Flugzeuge und Fahr-

zeuge her, unter anderem auch für den Eurofighter und den Leopard 2. Das „Unabhängige InspekteurInnen Teams“ rückte mit Transparenten, Trommeln und Katastrophenschutzanzügen an: „LITEF mordet mit“, „Kriegsgewinnler“ und „Militärische Speerzone“ war auf den mitgebrachten Schildern zu lesen. PassantInnen und AutofahrerInnen erhielten Flugblätter, auf denen die DemonstrantInnen ihre Aktion erklärten. „Den InspekteurInnen reicht es nicht, eine Großmacht und deren Politik zu kritisieren, sie richten sich grundsätzlich gegen den falschen Zustand der Welt“, heißt es darin. „Krieg ist eine Konsequenz marktwirtschaftlicher Logik und ist erst dann abschaffbar, wenn der Kapitalismus nicht mehr existiert“. Anders als UNO-Inspekteur Blix im Irak wurden die Freiburger InspekteurInnen jedoch nicht ins Innere der Firma vorgelassen. Stattdessen bauten sich LITEF- Personalchef Dirk Rathje und der Sicherheitsbeauftragte Georg Treinis vor dem Haupttor auf und versicherten, dass ihre Firma lediglich harmlose Navigationsgeräte produziere. „Ob die Geräte in zivile oder militärische Fahrzeuge eingesetzt werden, ob diese zur militärischen Verteidigung oder zum Angriff verwendet werden, entscheiden ausschließlich unsere Kunden und ist nicht unsere Sache“, ließen die Herren alle Vorwürfe der DemonstrantInnen an sich abprallen. Dass auch im Irak-Krieg LITEF-Produkte im Einsatz seien, konnten sie jedoch nicht ausschließen, denn auch das britische Militär ist LITEF-Kunde.

Martin Höxtermann ■

Kampfhandlungen für beendet erklärt

Weichenstellungen im Nachkriegsirak

US-Präsident Bush hat die „größeren Kampfhandlungen im Irak“, nicht aber den Krieg für beendet erklärt. In diesem Falle nämlich müssten die USA u.a. unverzüglich die rund 7000 Kriegsgefangenen freilassen und die Fahndung nach Vertretern des alten Regimes einstellen. So bleiben die Kriegsgefangenen inhaftiert, und die Fahndung geht weiter.

Derweil nehmen die US-Nachkriegspläne weiter Gestalt an. Der Irak soll in drei, vielleicht vier Zonen aufgeteilt werden und von einer „Stabilisierungstruppe“ unter dem Befehl jeweils der USA, Großbritanniens und Polens kontrolliert werden. Diese „Stabilisierungstruppe“, an der sich auch Italien, Spanien, die Ukraine, die Niederlande, Dänemark, Bulgarien und Neuseeland beteiligen wollen, soll jedoch nicht die im Irak stationierten 135.000 US-Soldaten ersetzen. Die bleiben. Welche Befugnisse angesichts dessen der „Übergangsführung“ zugestanden wird, die bis Mitte Mai gebildet werden soll, ist offen. Ihr sollen sieben bis neun Irakis angehören, darunter sog. Exiliraker, ein Vertreter der Schiiten und als Vertreter der kurdischen Bevölkerungsgruppe Barsani (KDP) und Talabani (PUK). Die KP Irak kritisiert, dass von den vorbereitenden Konferenzen alle traditionell wichtigen politisch organisierten Strömungen mit Ausnahme der kurdischen Bewegung als „anti-amerikanisch“ ausgeschlossen worden sind. (NZZ, 30.4.)

Sowohl die kurdischen Organisationen wie die KP Irak setzen sich entschieden für eine föderative Verfassung des zukünftigen Irak ein. Die Zeitung „Birayeti“, die der KDP nahe steht, hält es für möglich, dabei an das osmanische Verwaltungssystem anzuknüpfen – damals war das heutige Territorium des Irak in die Verwaltungsbezirke Mossul im Norden, Bagdad im Zentralirak und Basra im Süden aufgeteilt – und eine moderne, demokratische Föderation aus drei oder vier Gliedstaaten zu bilden. Entscheidend wird dabei sein, dass ein Weg gefunden wird, die Einnahmen aus der Erdölproduktion, in der Vergangenheit Hauptquelle der Staatseinnahmen Bagdads, fair und gerecht zwischen den Regionen zu verteilen; die wesentlichen Quellen liegen im Norden und Süden.

Inzwischen zeichnet sich auch deutlicher ab, welches Ziel die USA gegenüber Syrien verfolgen. Noch während des Irak-Krieges hatte die Bush-Administration unverhüllte Drohungen gegen das Land ausgesprochen. Bei seiner Reise nach Damaskus und Beirut verlangte US-Außenminister Powell, dass Syrien seine Haltung entsprechend der „neuen strategischen Lage“ ändern müsse, konkret: Es müsse nicht nur jede Unterstützung irakischer Opposition gegen die USA unterlassen, sondern seine Truppen aus Libanon vollständig abziehen und seine Unterstützung palästinensischer und libanesischer Gruppen beenden. Syrien soll, das ist gemeint, seine Rolle als Regionalmacht ausgespielt haben. Es bliebe, neben den US-Truppen in der Region, Israel als einzige – hochgerüstete – Regionalmacht. *scc* ■

Logik + Macht + Krieg: BUKO 26, 6. - 9. Juni, Bremen

Kein Blut für Öl! Fanta statt Fatwa! Zivilisation oder Barbarei! – Kann Denken in Polaritäten Kriegslogik brechen? Kann eine Kriegskritik aussreichen, wenn sie nicht mit den Verhältnissen hier verbunden wird? Radikale Antikriegspolitik muss weitergehen: weiter als diese Parolen, weiter als nur von einem Krieg zum nächsten. Wir wollen mit dem BUKO 26 einen Raum eröffnen für weitergehende Fragen und Antikriegspraxen. Die BUKO 26 vom 6. bis 9. Juni ist der jährliche Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, eines bundesweiten Zusammenschlusses von internationalistischen Basisinitiativen und zugleich ein gemeinsames Projekt von BUKO, Crossover, dem Antipatriarchalen Netz Berlin und der bundesweiten antimilitaristischen Koordination “Krieg ist Frieden” (KIF). “logik macht krieg” ist das zentrale Thema des diesjährigen BUKO. Krieg zu führen, ist gar nicht so einfach. Nicht nur Waffen sind nötig, gebraucht werden ebenso Menschen, die bereit sind, im Krieg zu töten und getötet zu werden. Wie kommt es zu dieser Zustimmung? Wie ist Kriegslogik mit unserer Alltagslogik verknüpft?

Die BUKO 26 will das Phänomen Krieg in Bezug setzen zur kapitalistischen Globalisierung und Patriarchat, Machtpolitik und Alltagslogik, will historischen Brüchen und rassistischen Kontinuitäten nachgehen. Dabei steht weniger das tagesaktuelle Geschehen im Vordergrund als vielmehr das gemeinsame Bemühen, Krieg im Hinblick auf seine Ursachen, seine Formen und Akteure, seine Funktionen innerhalb des kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Systems, seine Auswirkungen und seine gesellschaftliche Durchsetzung besser zu verstehen. Nicht zuletzt geht es um den Versuch, Friedensvisionen und Möglichkeiten radikaler Antikriegsopposition und -aktionen zu entwickeln. Der Kongress versteht sich als Plattform für Gruppen und Aktive aus unterschiedlichen politischen Spektren. **Infos, Anmeldung: www.buko.info**

José María Aznar - Francos Enkel und neofrankistischer Demokrator

Geschichtsklitterung, Selbstdarstellung und Repression prägen den Regierungsstil des spanischen Ministerpräsidenten

Auf die Frage, wer heute zu den den Neofaschisten bzw. Rechten in Europa gehöre, bekommt man als Antwort: Le Pen, Berlusconi, Fini und Haider. Unerwähnt bleibt meistens der spanische Ministerpräsident José María Aznar. Es hat den Anschein, dass der Übergang vom Franco-Regime zur konstitutionellen Monarchie (1975/78) in Zentraleuropa den Eindruck hinterlassen hat, als ob sich Spanien nach der Diktatur zu einem Musterland der Demokratie entwickelt hätte. In vielen Bereichen, angefangen bei der Verfassung und beim Regierungssystem mag das stimmen, aber die Realität sieht anders aus, als die deutschen Mainstream-Medien sie darstellen. Anfang April sagte Juan José Ibarretxe, der christdemokratische Ministerpräsident der Autonomen Baskischen Gemeinschaft, die zum spanischen Staat gehört, bei seinem Deutschland-Besuch: „In Spanien gibt es keine Gewaltenteilung mehr."

Sieben Jahren an der Macht, die letzten drei mit der absoluten Mehrheit im spanischen Parlament, haben den spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar in die Lage versetzt, sein Land in einen Polizeistaat nach aktuellem US-amerikanischen Vorbild zu verwandeln. Wie beim großen Vorbild USA geht auch dieser Prozess legitim vonstatten, indem Parlament und Justiz alle dafür nötigen Schritte nach Recht und Gesetz umsetzen. Die Nazis machten es 1933 in Deutschland vor, wie dieses Procedere ablaufen kann. Aznar und seine Volkspartei, der Partido Popular (PP), haben es den heutigen Umständen angepasst. Die EU schaut schweigend zu. Eine europaweite Medienkampagne, wie sie vor einigen Jahren Silvio Berlusconis Wahlkampf in Italien kritisch verfolgte, existiert nicht. Francos Enkel haben gelernt, dass man nicht mehr auf den Militärputsch als Mittel zur Errichtung einer verfassungskonformen Diktatur greifen muss, sondern man braucht lediglich das Instrumentarium eines demokratischen Rechtsstaates richtig anzuwenden, um ganz legal ähnliche Ziele zu erreichen: Machterhalt und Stillhalten der Bevölkerung. So ist in Spanien eine neofrankistische „Demokratur" entstanden.

Der erst 50-jährige José María Aznar gehört biologisch wie politisch der Generation von Francos Enkeln an. Am 18. Juli 1936 putschte General Francisco Franco zusammen mit drei weiteren Komplizen im Generalsrang gegen die rechtmäßige Regierung in Madrid. Unterstützung fand er in monarchistischen Kreisen, bei den gleichsam faschistisch geprägten und nazistisch angehauchten Falangisten von José Antonio Primo de Rivera, der katholischen Kirche, dem Großbürgertum und der Industrie. Der Putsch scheiterte am Widerstand der republiktreuen Kräfte der Volksfront und entwickelte sich zu einem zweieinhalbjährigen blutigen Bürgerkrieg. Eine halbe Million Menschen starb. Am Ende triumphierte Franco dank der umfangreichen Waffenhilfe aus Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien. Kurz nach Ausbruch des Putsches

1936: Franco schwört seinen Eid als Staatsoberhaupt

hatte sich der Journalist Manuel Aznar auf die Seite von Franco geschlagen. Da er in den Jahren zuvor unter anderem für das Parteiorgan „Euzkadi" der christdemokratischen Baskischen Nationalpartei (PNV/EAJ) geschrieben hatte, musste Aznar zuerst seine Loyalität beweisen. Das tat er 1940 mit einem Buch über den Feldzug gegen die Basken. Im Rahmen der Militäroperation gegen das Baskenland hatte die deutsche Legion Condor am 26. April 1937 die Stadt Gernika/Guernica, das Symbol der baskischen Freiheit von Spanien, in Schutt und Asche gelegt. Aznar vertrat die offizielle Propagandalüge, wonach die Basken ihre heilige Stadt angesteckt hätten. Franco machte den Überläufer zum Botschafter und Leiter des Staatsradio. Aznars Enkel José María trat ebenfalls der franquistischen Falange bei und wurde Regionalsekretär der Jugendorganisation des „Movimiento" in der Region La Rioja. Als der erste demokratisch gewählte Stadtrat von Gernika/Guernica 1977 beschloss, Franco wegen seiner Verantwortung für das Bombardement von 1937 die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen, schrieb der 24jährige Aznar einen wütenden Protestbrief. Bis heute führt er die Tradition aller seiner Vorgänger fort, sich nicht für die Bombardierung zu entschuldigen. 1997 hatte der deutsche Bundespräsident Roman Herzog in der Form eines Briefes an die Überlebenden der Zerstörung von Gernika/Guernica eine entsprechende Geste vollzogen, die im Baskenland sehr gute Resonanz fand.

Aznars Verhalten in der Gernika-Frage tat seiner politischen Karriere keinen Abbruch, im Gegenteil es beflügelte sie: zuerst in der Alianza Popular (AP), dem ersten Sammelbecken der Frankisten im neuen System, dann in deren Nachfolgeorganisation Partido Popular. Francos ehemaliger Innenminister Manuel Fraga Iribarne protegierte den jungen Politiker und baute ihn systematisch zu seinem Nachfolger auf. Im Jahr nach Francos Tod, 1976, erschoss die spanische Polizei fünf Demonstranten im baskischen Gasteiz/Vitoria. Innenminister Fraga wurde weder politisch noch juristisch zur Verantwortung gezogen. Der 80jährige Frankist regiert als Ministerpräsident die Automone Gemeinschaft von Galicien und spielt in der spanischen Innenpolitik eine vergleichbare Rolle mit der von Franz-Josef Strauss in der alten Bundesrepublik.

Das bekamen die galicischen Fischer und ihre Angehörigen zu spüren, als sie nach der Ölkatastrophe des Tankers „Prestige" gegen die chaotische Politik der Regierungen in La Coruña und Madrid protestierten. Landesvater Fraga war beim Jagen und sah auch nicht ein, warum er sein Treiben hätte unterbrechen müssen. Regierungschef Aznar ließ über einen Monat vergehen, bevor er sich in der ölverseuchten Region blicken ließ. Das staatliche Fernsehen „desinformierte" im Sinne der Regierung, wie zur Franco-Zeit. Führende PP-Politiker diffamierten die Bürgerbewegung, die als Reaktion auf das ökologische wie soziale Desaster entstanden war, als „Terroristen". Das ist eine Anschuldigung, mit der man im heutigen Spanien jeden Kritiker der Regierungspolitik hinter Gitter bringen kann.

Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind unter Aznar entstanden. 1990 hatte er den Vorsitz des PP übernommen und den Marsch an die Regierungsmacht in Madrid vorbereitet. Bei den Parlamentswahlen 1996 siegte er mit nur 1,3 Prozent über den amtierenden Ministerpräsidenten Felipe González von der sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE). Zahlreiche Fi-

nanz- und Geheimdienstskandale hatten die PSOE heruntergewirtschaftet. Aznar konnte für sich den Umstand nutzen, dass er 1995 nur knapp einem Bombenanschlag der baskischen Untergrundorganisation ETA entkommen war. In der ersten Legislaturperiode musste der ehemalige Steuerinspektor noch mit der Tolerierung durch die christdemokratischen Katalanen und Basken regieren. 2000 erlangte er die absolute Mehrheit. Zur Zeit kontrolliert er Exekutive und Legislative. Wenn Aznar befiehlt, dann folgt auch die Justiz.

Während seiner Regierungszeit hat Aznar die Bekämpfung der ETA zu seinem Hauptthema gemacht. Die Möglichkeit 1998/99 auf friedlichem Wege nach nordirischem Vorbild eine politische Lösung für das Baskenland zu finden, ließ er ungenutzt verstreichen. Aznars Ziel war es, bei den Landtagswahlen 2001 die Regierungsgewalt in der Autonomen Baskischen Gemeinschaft zu übernehmen. Dazu entfesselte er eine seit Franco nicht mehr gekannte Propagandawelle.

Da ETA-Kommandos Kommunalpolitiker der PP ermordet hatten, stiftete die Regierung eine Auszeichnung für die „Opfer des Terrorismus". Die Definition war so gefasst, dass auch der Polizeiinspektor Melitón Manzanas geehrt werden konnte. Er war 1968 das erste Opfer der ETA gewesen. Die Neofrankisten des PP störte es keineswegs, dass Manzanas ein berüchtigter Folterknecht gewesen war, der sein Können 1936/40 bei der Gestapo gelernt hatte. Nach spanischer Lesart gilt er als Demokrat.

Während des Wahlkampfes verlasen PP-Politiker die Namen der 800 ETA-Opfer, während als Hintergrundmusik der Soundtrack des Hollywood-Streifens „Schindlers Liste" lief. Die Inszenierung entsprach der Parole, die Aznar ausgegeben hatte: „Wir sind die Juden, die sie – die Nazis – umbringen." Mit Nazis meinte der Regierungschef nicht nur die ETA, sondern auch die baskischen Christdemokraten und alle anderen Basken, die der PP-Linie eine politische Alternative gegenüberstellen. Aznars Innenminister Jaime Mayor Oreja, der ebenfalls einer alten Frankisten-Familie entstammt, verfocht vehement die „Re-Spanisierung" des autonomen Baskenlandes. So wollte er die Förderung der baskischen Sprache radikal einschränken und die autonome Polizei noch stärker als bisher gegen die ETA einsetzen. Viele Basken fühlten sich an die Franco-Zeit erinnert und wählten unerwartet deutlich die baskischen Christdemokraten. Der Wahlausgang war eine Ablehnung der PP-Linie und eine Unterstützung des Ministerpräsidenten Ibarretxe, der ein neues Autonomiestatut mit Madrid aushandeln möchte und für eine Verhandlungslösung im Baskenland eintritt.

Ibarretxes Vorstellungen widersprechen der spanischen Verfassung, die das Franco-Motto vom „einigen, großen, freien Spanien" verkörpert und dem Militär den Verfassungsauftrag gegeben hat, die „untrennbare Einheit" der spanischen Nation zu verteidigen. In der ebenfalls baskischen Provinz Nafarroa/Navarra zeigt der regionale Ableger des PP, die Unión del Pueblo Navarro (UPN), was dem autonomen Baskenland blüht, wenn der PP an die Macht käme: Aufhebung der Zweisprachigkeit, keine Subventionen mehr für die baskische Sprache und Kultur, Eliminierung baskischer Symbole.

Verschärfend kommt hinzu, dass auch der PP eine Aufarbeitung des Spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur weiter verhindert. In ganz Spanien suchen Angehörige in abgelegenen Tälern und auf Friedhöfen nach den Opfern frankistischer Exekutionskommandos. Auf Unterstützung aus Madrid warten sie vergeblich: 1999 enthielt sich der PP der Verurteilung des Franco-Putsches. Dem Putschistengeneral Milans del Bosch, der 1981 seine Panzer in Valencia auffahren ließ, gewährte der PP hingegen ein Begräbnis mit allen militärischen Ehren. Die „Nationalstiftung Francisco Franco" erhält üppige Subventionen aus dem Fonds des Kultusministeriums, ohne dass die Akten des Diktators einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden.

1975: Diktator Franco ist tot

Beim Übergang vom Franco-System zur konstitutionellen Monarchie schlossen die politischen Akteure unter Vermittlung von König Juan Carlos I. einen Pakt des Schweigens: Niemand des alten Regimes durfte für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Dokumentationszentren der Franco-Diktatur sucht man in Spanien vergebens. Sozialisten und Kommunisten hielten sich an diesen Pakt des Schweigens selbst dann noch, als frankistische Militärs und Zivilgardisten mit besten Verbindungen zum König 1981 in Madrid und Valencia putschten. Anstatt den Generalstreik auszurufen, hielten PSOE und PCE still. Nachdem der König als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Putschisten zur Räson gebracht hatte, führten Felipe González und Santiago Carillo im Schulterschluss mit Manuel Fraga einen Demonstrationszug an, der vor allem der westeuropäischen Öffentlichkeit zeigen sollte, dass die Demokratie nach Spanien zurückgekehrt war.

Franco, käme er aus seinem kalten Grab im Felsendom des „Tal der Gefallenen" gekrochen, könnte zufrieden sein: der von ihm eingesetzte König Juan Carlos I. regiert noch und erregt die katalanischen wie baskischen Gemüter, wenn er öffentlich behauptet, die beiden Minderheitensprachen seien in Spanien niemals verfolgt worden. In Gernika/Guernica und andernorts gibt es Anweisungen der Frankisten, mit denen sie die Eigentümer von Grabstätten aufforderten, die baskischen Inschriften und Namen zu entfernen und gegen spanische zu ersetzen. Der öffentliche Gebrauch des Baskischen war unter Franco verboten.

„Enkel" Aznar zeigte im März 2003, dass er wie einst der Caudillo gegen das Volk regieren kann. Obwohl 96 Prozent seiner Landsleute gegen den Irak-Krieg waren, unterstützte der Ministerpräsident den US-Präsidenten. Damit die spanischen Repressionskräfte beim nächsten Krieg mit spanischer Beteiligung Demonstranten ganz legal wegsperren können, hat der PP eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die Protestaktionen als „Wehrkraftzersetzung" ansieht und mit Gefängnis ahndet.

Auch in der Auseinandersetzung mit den rebellischen Basken schlägt Aznar neue Töne an. Im April gab er erstmals zu verstehen, dass seine Regierung die Kommunalwahl am 25. Mai im autonomen Teil des Baskenlandes annullieren könnte, falls Mitglieder der verbotenen linksnationalen Partei „Batasuna" über andere Parteilisten gewählt würden. Im Sommer 2002 hatte der PP ein Gesetz durchgepaukt, das nur dem Zweck der Illegalisierung dieser Partei diente. Batasuna spielte in der baskischen Parteienlandschaft dieselbe Rolle wie Sinn Fein in Nordirland: sie vertrat mit politischen Mittel die Ziele, für die ETA mit Waffengewalt kämpft. Die „Lex Batasuna" ermöglichte dem Obersten Gericht, die Büros der Partei zu schließen und ihre Aktivitäten zu verbieten, noch bevor es zu einer Gerichtsverhandlung kam. Das Parteiverbot wurde im April amtlich. Der politische wie mediale Druck auf die Richter war so groß, dass keine andere Entschei-

dung zu erwarten war. Zum ersten Mal seit dem Ende der Franco-Diktatur hat der spanische Staat eine Partei verbieten lassen. Im Baskenland erhielt sie zuletzt 10 Prozent der Stimmen. Durch das Batasuna-Verbot werden 240 Rathäuser kleiner Ortschaften ohne Bürgermeister dastehen. Die Plätze könnte der PP besetzen, ganz legal versteht sich.

Am 20. Februar schloss die spanische Justiz die baskische Tageszeitung „Egunkaria“ und nahm 10 Journalisten und Schriftsteller unter Terrorismusverdacht in fünftägige Inkommunikationshaft. Vier von ihnen zeigten die Zivilgardisten der Folter an. Der Chefredakteur von „Egunkaria“, Martxelo Otamendi, berichtete, wie die Polizisten ihm zweimal eine Plastiktüte über den Kopf gezogen hatten und ihn fast erstickten. Außerdem vergewaltigen sie ihn. Hinzu kamen wüste Beschimpfungen, die sich auch gegen die Verfassungsorgane des spanischen Staates richteten. Dem Sprachwissenschaftler Joan Maria Torrealdai schlugen die Beamten mit einem Lineal auf die Hoden.

Der spanische Innenminister Angel Acebes zeigte die vier wegen Verleumdung der Zivilgarde an. Francos paramilitärische Polizeieinheit bleibt auch im angeblich demokratischen Rechtsstaat Spanien ein unkontrollierbarer Machtfaktor. Zu dem Schluss kam auch das Komitee des Europarates zur Prävention der Folter: seit Aznar an der Macht ist, sind alle der Folter bezichtigten Beamten freigesprochen worden. Folter in spanischen Kommissariaten sei nicht zu verhindern, heißt es weiter.

„Egunkaria“ war das Medium der baskischsprechenden Menschen. Die Zeitung gehörte nicht zu den „ublichen Verdächtigen“ aus dem ETA-Umfeld, ebenso wenig wie die 10 Verhafteten, von denen noch drei im Gefängnis sitzen. Der Schlag gegen „Egunkaria“ diente der Verunsicherung jenes Teils der baskischen Bevölkerung, der bei den Landtagswahlen 2001 den baskischen Christdemokraten zum Sieg über den PP verholfen hatte und das Rückgrat des baskischen Autonomiesystem bildet. Nach „Egunkaria“ kann es auch jede andere baskische Institution treffen, befürchten viele. Die Zeitung existierte dank der Subventionen der Regionalregierung. Die Frage ist, ob die unter Folter erpressten Aussagen auch gegen die baskische Exekutive verwendet werden können. 1998 schloss die spanische Justiz die Zeitung „Egin“ und den Radiosender „Egin Irratia“ ebenfalls unter Terrorismusverdacht, 2000 das investigative Magazin „Ardi Beltza“. Fünf Jahre nach der Schließung von „Egin“ hat es noch kein Gerichtsverfahren gegeben, aber die spanische Justiz benutzt dieselben „Beweise“, um das Vorgehen gegen „Egunkaria“ zu rechtfertigen. Die Pressefreiheit existiert in Spanien nur noch auf dem Papier, ebenso wie die Unabhängigkeit der Justiz.

Unabhängig vom Ausgang der spanischen Kommunalwahlen wird Aznar stur an seinem politischen Kurs fest halten. Für die einen ist seine Sturheit Ausdruck von Prinzipienstärke, für die anderen das Resultat einer frankistischen Erziehung und dem dogmatischen Einfluss ultrakonservativer katholischer Laienorganisationen wie dem Opus Dei und den „Guerrilleros de Cristo Rey“, denen zahlreiche Kabinettsmitglieder angehören.

Aznar hat angekündigt 2004 nicht mehr kandidieren zu wollen. Dafür ist seine Frau, Ana Botella, jetzt auf Landesebene groß ins politische Tagesgeschäft eingestiegen. Die älteste Tochter hat einen jungen Spitzenfunktionär des PP geheiratet. Aznar ließ die Hochzeit im Königsschloss „El Escorial“ ausrichten, wo sich bis dato nur die Monarchen der Bourbonen das Ja-Wort gaben. Die beiden minderjährigen Söhne von Aznar und Botella pflegen einen intensiven Kontakt zur Familie Berlusconi. Angesichts dieser Fakten bleibt zu befürchten, dass eine Generation von Francos Urenkel entsteht, herangezüchtet und geführt von der Polit-Dynastie des neofrankistischen Demokrators José María Aznar. *Ingo Niebel* ■

Guernica, Antikriegsbild von Pablo Picasso

Le Pen im Fernsehen – Wirkung verpufft?

Sollte der „Le Pen-Effekt“ verbraucht sein? Auf den Fernseh-Bildschirmen jedenfalls scheint Jean-Marie Le Pen nicht mehr dieselbe Wirkung zu erzielen wie noch vor wenigen Jahren. Damals hatte der Chef des Front National (FN) oftmals die Journalisten in die Enge treiben können. Anlässlich seines Großauftritts in der Politikersendung 100 minutes pour convaincre (100 Minuten, um zu überzeugen) am Montag, 5. Mai 03 jedoch blieb ein anderer Eindruck zurück. Der alternde Rechtsextremist verweigerte die Antwort auf manche Frage; als er sich etwa zu seinem Programmpunkt einer radikalen Steuersenkung äußern sollte, meinte er zunächst nur, er könne jetzt nicht das gesamte Wirtschaftsprogramm des FN darstellen. An anderen Punkten ließ er sich in Widersprüche verwickeln. Etwa, als er seine Haltung zur Abtreibung (unter Berufung auf die „traditionelle Moral“) entwickelte – aber im Anschluss danach gefragt wurde, wie es denn mit nämlicher Moralvorstellung zu vereinbaren sei, dass er als Geschiedener wieder verheiratet lebe. Kohärent blieb er vor allem bezüglich der Frage der Einwanderungspolitik, wo er – stärker als in den letzten Jahren, in denen er sich um einen Ruf der „Altersweisheit“ bemühte – als Scharfmacher auftrat, etwa mit der Forderung, für unerwünschte Einwanderer solle es in Frankreich „kein Krankenhaus, keine Schule“ und keine Sozialleistungen geben. Eine Statistik, die ihm vorgehalten wurde und der zufolge drei von vier Franzosen seine Partei als „rassistisch“ charakterisieren, kommentierte er anfänglich mit den Worten: „Sie (die Fernsehjournalisten) betrachten diese Bezeichnungen als Vorwürfe“. In Wirklichkeit seien vielleicht Anhänger seiner Partei darunter, die sich selbst als Rassisten sähen... Ferner wetterte er gegen die „Gedankenpolizei“ , die in Frankreich verbiete, bestimmte Ideen zu äußern.

3,7 Millionen Fernsehzuschauer verfolgten den Fernsehauftritt des FN-Politikers auf France 2, während gleichzeitig 7,8 Millionen eine belanglose Serie auf TF1 und weitere 6,3 Millionen eine Ausstrahlung von Indiana Jones bei M6 verfolgten. 1995 dagegen hatte ein Auftritt Le Pens bei dem erbärmlichen „Komiker“ Patrick Sébastien noch für eine Rekord-Einschaltquote von 9,8 Millionen (bei einem „Marktanteil“ für TF1 von 55 Prozent aller zu jenem Zeitpunkt TV Glotzenden) gesorgt; die damals noch linksalternative Satirezeitung ‚Charlie Hebdo‘ sprach seinerzeit von „Spei-Fernsehen“. Das widerspiegelt nicht unbedingt einen eindeutigen Niedergang seiner Partei; aber angesichts einer – auch in der Sendung – wieder auflebenden Debatte um die Nachfolge des FN-Gründervaters gilt die Person Le Pens vielleicht manchem potenziellen Zuschauer doch als überlebt.

Bernhard Schmid, Paris ■

Einspruch! Gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik

HAMBURG. *Mit einem „Einspruch!“ protestieren in der Flüchtlingsarbeit engagierte Hamburger Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen gegen die in der Hansestadt praktizierte Flüchtlingspolitik. Wir dokumentieren ihren Aufruf:*

Angst und verzweifelte Hoffnungslosigkeit prägen den Alltag vieler Flüchtlinge und MigrantInnen in unserer Stadt. Die Freie und Hansestadt Hamburg, das Tor zur Welt, verwehrt Liberalität und Weltoffenheit denjenigen, die oftmals nach einer langen Odyssee von Leid, Not und Verfolgung die Stadt als letzte Zufluchtsstätte wählen.

Der Hamburger Senat statuiert gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen eine Politik, die uns beschämt und entsetzt:

- Menschen, die Hilfe und Schutz benötigen, werden in erster Linie als sicherheitspolitisches Problem betrachtet.
- Demütigung, Entwürdigung und Entrechtung prägen die Erfahrung der hier lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen.
- Überfallartige Festnahmen in der Ausländerbehörde, nächtliche Abschiebungen von Familien, Kindern, Alten, Kranken und Schwangeren werden mit Akribie geplant und umgesetzt.
- Kinderflüchtlinge werden widerrechtlich und mit fraglichen Methoden älter gemacht.
- Von der Ausländerbehörde eingestellte ÄrztInnen erklären Kranke für „transportfähig“, damit sie abgeschoben werden können.
- Flüchtlinge werden wie Kriminelle behandelt, ihrer Freiheit beraubt und in Abschiebungshaft genommen.
- Statt Rechtsauskunft und Beratung praktiziert die Ausländerbehörde offenen Rechtsbruch.
- In der geplanten Zentralen Erstaufnahme, die zum Ausreiselager umfunktioniert werden soll, werden hilfesuchende Flüchtlinge sozial isoliert und staatlich unter Druck gesetzt

Wir erheben Einspruch! gegen diese unmenschliche Politik des Hamburger Senats gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!

Wir erheben Anspruch auf eine demokratische und humane Gesellschaft, deren Wahrhaftigkeit sich an ihrem Umgang mit Minderheiten messen lassen muss. Die Hamburger Flüchtlingspolitik muss menschenrechtliche Standards erfüllen.

Unser Ziel ist es, der seit Jahren praktizierten Politik der Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen Einhalt zu gebieten. Wir verhindern ein Klima des Wegschauens und Verschweigens in der Stadt. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung müssen Rechenschaft ablegen über ihr Handeln.

Wir fordern das Bleiberecht für die geduldeten Menschen und setzen uns ein für ein interkulturelles Klima in dieser Stadt. Wir rufen dazu auf,

– diesen Einspruch! zu unterschreiben

– ein Bündnis zu schließen, um der Hamburger Politik einen Einspruch! entgegenzusetzen, der auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruht. ■

Unterzeichnende Organisationen: Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg • ASP Wegenkamp e.V. • AStA der Universität Hamburg • AWAH - African Women's Association Hamburg e.V. • Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge • Café Exil • Diakonisches Werk Hamburg • Flüchtlingsrat Hamburg • GATE GmbH • Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V. • HAK-EVI - Alevitisches Kulturhaus in Hamburg und Umgebung e.V. • Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V. • Hamburger Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie • Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V. • Kinder- und Familienzentrum Burgwedel/Schnelsen • Kölibri - Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd e.V. • Koordinationskreis HH (Karawane-Nord) • Koordinationsrat der Iranerinnen u. Iraner in Hamburg e.V. • Nordelbischer Arbeitskreis Asyl in der Kirche; Rauhes Haus, Abteilung Sozialpsychiatrie & Altenhilfe und Abteilung Kinder- und Jugendhilfe • SCHURA - Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. • Solidarische Kirche in Nordelbien • SOPO - Sozialpolitische Opposition Hamburg • ver.di - Landesbezirk Hamburg • verikom e.V. • VVN- Bund der Antifaschisten (Hamburg) • „why not?“ - Das Internationale Diakoniecafé • WOGE e.V. •

Weitere UnterzeichnerInnen:R. Behrens • Gabriele Borgwardt • C. Breyer-Menke • Dr. Kristin Bührig • Pastorin Fanny Dethloff • Prof. Dr. Ingrid Gogolin • Propst Dr. Horst Gorski, Beauftragter des Sprengels Hamburg für Flüchtlingsfragen und Träger der Beratungsstelle „Fluchtpunkt“ • Prof. Dr. Michael Th. Greven • Manfred Gutke, Dt. Kinderschutzbund, LV Hamburg • Prof. Dr. theol. Hans-Martin Gutmann • Prof Dr. Wulf D. Hund • Prof Dr. Waltraud Kokot • Dr. Annette Kracht • Nadine Menke • Ingo Metzmacher, Hamburgischer Generalmusikdirektor • Dr. Angela Moßler-Schelling • Bernd Rambatz • Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez • Dr. Marianne Röhl • Prof. Dr. Hans-Joachim Roth • Debasish Samanta, Bevollmächtigter der Hindu-Gemeinde Hamburg • Katharina Seiler, Diakonisches Werk Harburg • Dr. Martin Sökefeld • Prof. Dr. Ingrid N. Sommerkorn-Abrahams • Prof. Dr. Fulbert Steffensky • Tom Stromberg, Intendant Deutsches Schauspielhaus Hamburg • Dagmar Timm •

EU bei Flüchtlingspolitik uneins

BRÜSSEL. Ergebnislos endete am 8. Mai ein Treffen der EU-Innenminister in Brüssel, auf dem zum wiederholten Male versucht werden sollte, gemeinsame Kriterien für die Anerkennung von Flüchtlingen festzulegen und die Rechte von langfristig in der EU lebenden Ausländern zu harmonisieren. Lediglich bei der Frage der Nachfluchtgründe gab es eine Annäherung. Bundesinnenminister Schily, der ursprünglich strikt gegen die Anerkennung von Nachfluchtgründen war, die durch das Verhalten des Flüchtlings im Gastland entstehen, akzeptierte, dass jedes Mitgliedsland frei entscheiden kann, wie es dies handhabt.

Kern des Konflikts ist die Frage, ob bei „nichtstaatlicher Verfolgung“ ein „subsidiärer Schutz“ gewährt werden soll. Dazu zählen z.B. Frauen in bestimmten Teilen Afrikas, denen Zwangsbeschneidung droht. Deutschland lehnt einen solchen Schutz im Gegensatz zu allen anderen Mitgliedern ab. Abgelehnt wird von Deutschland auch, Flüchtlingen den vollen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. Während des Treffens hatte auch das UN-Flüchtlingskommissariat die Bun-desregierung aufgefordert, den Widerstand gegen eine Harmonisierung des Asylrechts aufzugeben. Die geplanten EU-Richtlinien stehen bei der nächsten Zusammenkunft der Minister am 6. Juni erneut auf der Tagesordnung. *FR 9.5.03 - u.b.* ■

Razzia beim Bayerischen Flüchtlingsrat und der Karawane

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrat informiert in einer Presseerklärung darüber, dass am 9.5. die Geschäftsräume des BFR durchsucht, das Schloss aufgebrochen und Akten beschlagnahmt wurden, und, so die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats, das alles mit windiger Begründung. Nachstehend die Presseerklärung, die der Bayerische Flüchtlingsrat zu diesem Vorfall herausgeben hat sowie eine Solidaritätsadresse des niedersächsischen Flüchtlingsrats.

Heute morgen (9.5.) fanden in den Geschäftsräumen des Bayerischen Flüchtlingsrats und in der Privatwohnung eines Mitglieds der Karawane für die Rechte

der Flüchtlinge und MigrantInnen Hausdurchsuchungen statt.

Angeblicher Grund der Razzien: am 19. Dezember letzten Jahres fand eine gemeinsame Aktion des Flüchtlingsrats und der Karawane gegen die Abschiebung von Flüchtlingen am Münchner Flughafen statt. FlüchtlingsaktivistInnen verteilten Flugblätter mit Hinweisen, wie sich Passagiere und Flugpersonal gegen eine bevorstehende Abschiebung zur Wehr setzen können. So konnte die Abschiebung des togoischen Flüchtlings Agoroh Koumai erfolgreich verhindert werden.

Die Polizei konstruiert auf der Basis dieses Flugblatts den Aufruf zu einer Straftat. Die heutige Razzia fand nach Angaben der Polizei statt, um die Herkunft des Flugblatts festzustellen, das am Flughafen verteilt worden war. Diese Behauptung ist offenkundig absurd, denn zum einen sind die Flugblattverteiler der Polizei seit der Aktion bekannt, zum anderen war das Faltblatt ordentlich mit V.i.S.d.P. ausgestattet.

Obwohl Matthias Weinzierl als Vertreter des Bayerischen Flüchtlingsrats für das Flugblatt verantwortlich zeichnet, kam es im Februar zunächst zu Razzien bei Mitgliedern der Karawane. Heute wurden die Räume des Bayerischen Flüchtlingsrats und „Nebenräume“ Ort einer Durchsuchung. Es bleibt zu ermitteln, ob die Polizei hierbei ihre Kompetenzen überschritten hat, denn der Laden in der Augsburgerstr. 13 beherbergt die Räume von drei weiteren Vereinen, für die keine Durchsuchungsgenehmigung vorgelegt wurde. Die Polizei beschlagnahmte einen Ordner mit Presseerklärungen, die öffentlicher nicht mehr sein könnten, sowie einen Ordner mit aktuellen Einzelfällen, die zum Teil vertrauliche Auskünfte und Informationen von Flüchtlingen enthalten, jedoch nichts, was in Zusammenhang mit besagtem Flugblatt steht. Weiter wurde im Flüchtlingsrat eine CD mit vertraulichen Daten und bei einem Mitglied der Karawane gleich ein PC beschlagnahmt.

Der Bayerische Flüchtlingsrat und die Karawane protestieren entschieden gegen dieses Vorgehen! Es entsteht der Eindruck, dass erfolgreiche Aktivitäten gegen die unmenschliche Abschiebepraxis in Folterstaaten wie z.B. Togo - massive polizeiliche Repressionen nach sich ziehen, um den Widerstand unmöglich zu machen. Schon die erste Razzia war in unseren Augen blanker Unsinn, auch die heutige Razzia werten wir als Schikane.

Es ist uns völlig schleierhaft, welche weiteren „Beweise“ die Polizei sucht. Die Mitnahme vertraulicher Daten von Klienten, Anwälten und Vereinsmitgliedern des Bayerischen Flüchtlingsrats werten wir als deutliche Überschreitung der polizeilichen Kompetenzen, die durch den Durchsuchungsbescheid nicht gedeckt ist. Wenn fünf Monate nach dem Verteilen eines Flugblattes die heutige Hausdurchsuchung mit „Gefahr im Verzug“ legitimiert wird, dann braucht es keine Novelle des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes, dann ist auch so schon polizeilicher Willkür Tür und Tor geöffnet.

Wir lassen uns nicht auf diese Weise einschüchtern und kriminalisieren. Wo Unrecht ist, ist Widerstand Pflicht! Die Karawane und der Bayerische Flüchtlingsrat werden auch in Zukunft für all diejenigen, die in diesem Land keine Lobby haben, Partei ergreifen.

Stephan Dünnwald, Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates ■

Vorsicht Gewalttäter – Demonstration gegen Polizeigewalt in Köln

24. Mai 2003, 13 Uhr Chlodwigplatz, Köln

Am 24. Mai findet in Köln eine Demonstration gegen Polizeigewalt statt. Anlass ist der erste Todestag von Stefan Neisius, der ein Jahr zuvor nach einem Familienstreit in der Eigelstein Wache brutal ins Koma geprügelt wurde. Deshalb wird die Demo auch zur Eigelstein Wache ziehen. Ein weiterer Anlass ist das brutale Vorgehen der Kölner Polizei am 15.März in Köln Chorweiler und -Mülheim, wo über 1600 Polizisten Aufmärsche von Neonazis beschützten und willkürliche Platzverweise und Ingewahrsamnahmen gegen alle, die nicht in ihr Weltbild passen, durchführten. Polizeigewalt ist überall in Deutschland allgegenwärtig, deshalb gibt es genug Gründe, am 24. Mai in Köln zu demonstrieren. Treffpunkt ist um 13 Uhr am Chlodwigplatz.

Es rufen auf: Allgemeines Syndikat Köln (FAU-IAA), Alternative Liste, Antifa-K, Cölln ohne Polizei (COP), Ermittlungsausschuss, Gegenstrom, Ökologische Linke, Sozialistische Selbsthilfe Köln.

Flüchtlingsrat Niedersachsen solidarisch

HANNOVER. Die Jahreshauptversammlung des Niedersächsischen Flüchtlingsrats hat sich in der nachstehenden Erklärung mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat solidarisch erklärt:

„Empört haben wir davon erfahren, dass am 9. Mai beim Bayerischen Flüchtlingsrat und in der Privatwohnung eines Mitglieds der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen eine Polizei-Razzia stattfand. Die Begründung ist offensichtlich an den Haaren herbeigezogen und fadenscheinig. Die gestrige Razzia ist ein weiteres Beispiel für staatliche Einschüchterungsmaßnahmen im Flüchtlingsbereich. Menschen, die sich für die Durchsetzung der ohnehin geringen Rechte von Flüchtlingen einsetzen, sollen eingeschüchtert und kriminalisiert werden.

Einen Tag nach dem Gedenken an die Befreiung vom Faschismus, dem 8. Mai, zeugt der Überfall auf Euch davon, dass die staatliche Seite die Lehren aus den verheerenden Folgen von Menschenverachtung im Faschismus immer noch nicht gezogen hat. Wir wünschen Euch von unserer Jahreshauptversammlung aus Kraft und langen Atem im Interesse der Flüchtlinge.

Flucht@www.nds-fluerat.org
http://www.nds-fluerat.org/mailman/listinfo/flucht ■

Dreiländer-Wanderausstellung

26 Gruppen, Organisationen und Aktionen aus dem Elsaß, der Nordwestschweiz und Südbaden beteiligen sich an der Dreiländer-Wanderausstellung, die am 23. Mai in Freiburg im KTS Basler str. 103 eröffnet wird. Die Ausstelllung stellt zum einen die 26 Gruppen vor, die sich auf unterschiedliche Weise für die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte einsetzen. Zum anderen informiert sie über die Residenzpflicht, die Abschiebegefängnisse, die Flüchtlingslager, über Menschenrechtsverletzungen, Traumatisierung von Menschen auf der Flucht, über die Asylverfahren in der Schweiz, Frankreich und Deutschland und über weitere Themen. Die Ausstellung ist auf deutsch und französisch und kann kostenlos vom Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA) Postfach 5328, 79020 Freiburg ausgeliehen werden. Hier ein kleiner Ausschnitt aus der Ausstellung:

Das Abschiebezentrum in Geispolsheim – Elsaß

Die Asylsuchenden, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, müssen Frankreich verlassen. Nach einer Aufforderung, d.h. nach einem Erlass des Präfekten zur Rückführung, müssen die abgelehnten Asylsuchenden das Staatsgebiet verlassen. Diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden dadurch zu „Sans-Papiers“ (ohne Aufenthaltspapiere)! Ein Einspruch ist noch möglich im Fall eines Verfahrensfehlers, eines schweren Fehlurteils oder eines Verstoßes gegen fundamentales Menschenrecht.

Kommt ein „Sans-Papier“ in eine polizeiliche Ausweiskontrolle, so kann er / sie in das Abschiebezentrum von Geispolsheim gebracht werden, das sich in der Umgebung von Straßburg befindet. Dieses Abschiebezentrum untersteht dem Innenministerium. Für 18 Personen (davon 4 Frauen) ist das Abschiebezentrum konzipiert. Oft befinden sich bis zu 28 Personen im Abschiebezentrum. Die >etrangers retenus< („zurückgehaltenen Ausländer“– ein französischer Bürokratenbegriff), die in Einzel- oder Gruppenräumen untergebracht sind, können diese jederzeit verlassen und sich innerhalb der Abschiebeeinrichtung frei bewegen. Eine medizinische Versorgung ist vorhanden. Es befinden sich dort Außenstellen des „Office des Migrations Internationales“ (Büro für Internationale Migration) und der CIMADE. Die Eingeschlossenen haben jederzeit die Möglichkeit zu telefonieren. Das „centre de reconduit a la frontiere“ befindet sich inmitten eines militärischem Sperrgebietes. Der Zutritt ist strengstens verboten. Bis zu 12 Tagen können die Flüchtlinge festgehalten werden. Gemäß den behördlichen Bestimmungen darf der erste Zeitraum 48 Stunden nicht überschreiten, dieser Zeitraum kann nur aufgrund einer Anweisung des Präsidenten des Landgerichts auf eine Frist von 5 Tagen verlängert werden, welche der Richter noch ein weiteres Mal verlängern kann. Dieser Zeitraum von maximal 12 Tagen wird von den zuständigen Behörden „nutzbringend angewandt“, um den Ausländer in ein Aufnahmeland abschieben zu können und von besagtem Land einen Passierschein für ihn zu bekommen. Diejenigen Ausländer, die nicht innerhalb dieser Frist von 12 Tagen abgeschoben werden konnten, werden aus dem Abschiebezentrum entlassen.

Viele Flüchtlinge und MigrantInnen werden von der Grenzpolizei (PAF) abgeschoben, die dabei häufig Gewalt anwendet. Infolge massiver Gewaltanwendung durch die Grenzpolizei sind Menschen gestorben.

Was die Familien betrifft, so werden sie nur allzu oft in zu diesem Zweck beschlagnahmten Hotelzimmern gefangen gehalten!

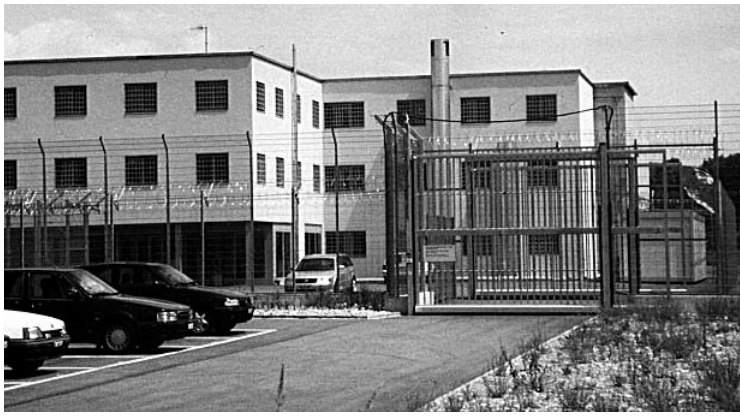
Die Abschiebehaft in Frankreich, soll nach einer neuen Gesetzesvorlage von 12 Tage auf 60 Tage erhöht werden.

★★★

Geipolsheim – Abschiebegefängnis uf militärischem Sperrgebiet

augenauf – Basel

Vorstellung einer Basler-Gruppe die gegen die Ausschaffungshaft kämpft.



Basler Ausschaffungsgefängnis

augenauf Basel wurde am 1. Mai 1999 gegründet. Die Initiative dazu ging von befreundeten Einzelpersonen aus. Die damals formulierten Ziele sind noch heute gültig: das uneingeschränkte Engagement für die Verteidigung der Grundrechte aller, sei es in Gefängnissen, Auffanglagern, Rückführungszentren, Asylunterkünften, auf der Gasse, im Fussballstadion oder in Polizeiposten.

augenauf Basel begreift als ihre Hauptaufgabe, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, zu dokumentieren, zu veröffentlichen und sich für diejenigen einzusetzen, deren Rechte verletzt worden sind.

Wir beschäftigen uns mit der Klassenjustiz, der Diskriminierung von Flüchtlingen, der Ausländerfeindlichkeit und der rassistischen Willkür der offiziellen Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie der Polizei, die in jüngster Zeit auch im Umgang mit Fussballfans jegliche Verhältnismässigkeit vermissen lässt.

Wir gehen sogenannten «Demonstrationsdelikten» (lebensgefährliche Tränengaseinsätze, Misshandlungen, Einkesselungen usw.) nach und sind gewillt, Verletzungen von Grundrechten aufzuspüren, die nicht unmittelbar zutage treten und die im sogenannten «Rechtsstaat», bzw. in dessen gesellschaftlichen Strukturen angelegt sind. Wir betreiben ein Telefon, das einen Abend pro Woche besetzt ist. Die restliche Zeit ist **augen auf** unter der gleichen Nummer über einen Telefonbeantworter erreichbar, der regelmäßig abgehört wird.

Schwerpunkte der derzeitigen Arbeit sind:

- Gefangenenhilfe und Gefangenenbesuche im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut II und in anderen staatlichen «Anstalten».

23. Mai bis 14. Juni in Freiburg

● Rechtshilfe, Rechtsvertretungen, bzw. Vermittlung von AnwältInnen und anderen Anlaufstellen für Flüchtlinge, Hilfestellung bei Rekursen und Beschwerden.

● Aufdecken von Misshandlungen durch Polizeibeamte während und nach Verhaftungen.

● Suche nach den Verschwundenen nach erfolgten Zwangsausschaffungen aus der Schweiz.

● Beobachtung des Demonstrationsrechts und Veröffentlichung allfälliger Polizeiübergriffe durch Tränengaseinsätze.

● Aufdecken von Missachtung und Verletzung der Grundrechte im Namen der «Inneren Sicherheit».

● Kontakte zu BewohnerInnen in Asylunterkünften und deren Unterstützung in verschiedensten Bereichen.

● Kritische Beobachtung der sogenannten privatisierten Asylbetreuung und anderen Menschenverwaltungsinstitutionen.

● Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse über Menschenrechtsverletzungen in der Region Basel. Dabei nutzen wir diverse Möglichkeiten: Das augenauf-Bulletin, Pressekonferenzen, Zusammenarbeit mit einzelnen JournalistInnen für Reportagen.

★★★

Abschiebung und Abschiebehaft in Deutschland

Seit der Änderung des GG-Artikel 16 stieg die Zahl der Abschiebungen. Nichtanerkennung von Fluchtgründen, Drittstaatenregelung, Schnellverfahren, erheblich eingeschränkte Rechtsmittel und kurze Rechtsmittelfristen haben dazu geführt, dass „aufenthaltsbeendende“ Maßnahmen immer häufiger werden. Hinzu kommt die Unwissenheit der Betroffenen im Asylverfahren. Auf eine finanzielle Rechtshilfe haben sie keinen Anspruch. Viele verfügen nur über 40 Euro Bargeld im Monat. Die Ausländerbehörden beantragen die Abschiebehaft, oft mit pauschalen Feststellungen:

- es liege kein fester Wohnsitz vor,
- es seien keine ausreichenden Geldmittel vorhanden, um selbst das Land zu verlassen,
- es bestehe offensichtlich nicht die Absicht, freiwillig auszureisen.

Laut Pro Asyl setzen bis zu 50 mal am Tag Richter ihre Unterschrift unter Haftbeschlüsse, ohne dass hinreichend die Sachverhalte geprüft werden. Zumeist wird die Haft für drei Monate beschlossen. Oft wird die Haft jedoch verlängert. Bis zu 18 Monate können unschuldige Menschen eingesperrt werden. Die räumlichen und sozialen Lebensbedingungen der Abschiebegefangenen sind schlecht. Wer dagegen und für seine Freiheit protestiert wird, vom Wachpersonal überwältigt. Gewalt gegen Abschiebegefangene sind keine Seltenheit. Selbst das Anti-Folter Komitee des Europarates rügt aktuell die Brutalitäten bei der Abschiebung von Flüchtlingen.

Die Abschiebehaft wurde zum Regelfall, zur Endstation eines negativ entschiedenen Asylverfahrens. Abschiebehaft ist Mittel der Abschreckung für andere, die in die Bundesrepublik fliehen wollen. Abschiebehaft stigmatisiert. Denn in der Öffentlichkeit gilt Haft als Konsequenz einer Straftat. Immer häufiger werden Asylsuchende deshalb mit Straftätern gleichgesetzt.

★★★

Suizid in der Abschiebehaft

„In der Bundesrepublik haben sich seit Bestehen der Abschiebeknäste mittlerweile mindestens 13 Flüchtlinge aus Angst vor der Abschiebung das Leben genommen, neun begingen Selbstmord wegen drohender Abschiebung (Stand: 1996). Weitere Todesfälle sind während der Abschiebung oder in unmittelbarem Zusammenhang mit der Abschiebung bekannt geworden, [...]“ (zit. Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen: Dokumentation über die Abschiebehaft in Rottenburg, S.13, Tübingen 1997). In der genannten Dokumentation wird beschrieben, dass als vorbeugende Maßnahmen bei Suizidverdacht, die Psyche und den Körper belastende Beruhigungsmittel und Psychopharmaka eingesetzt werden, als eine Form der Selbstmordtherapie gibt es einen „besonders gesicherten Haftraum.“ (vgl. ebd.: S.14) Dieser Raum zur Therapie ist in der Rottenburger Dokumentation wie folgt beschrieben: „Er ist sieben Quadratmeter groß und befindet sich im Keller des Strafvollzugsgebäudes. Die Zelle ist leer, in einer Ecke ist das Pissoir in den Boden eingelassen, es gibt Matratzen und eine angeblich reißfeste Decke. Das Fenster ist zugemalt, [...]. Diese Zelle wird ständig auf 27° C aufgeheizt. Bevor ein Gefangener in diese Zelle kommt, werden ihm alle Kleider abgenommen und er bekommt ein reißfestes T-Shirt zum Anziehen. [...] . Es gibt eine Klingel mit einem akustischen Signal, die der Gefangene betätigen kann. [...]. Außerdem erhalte der Gefangene Besuch vom Anstaltsarzt, dem Anstaltspsychologen und gegebenenfalls vom Pfarrer. Längstenfalls darf ein Gefangener drei Tage dort eingesperrt sein, dann muss das Justizministerium benachrichtigt werden.“

was ■

Making History – Tagung zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft

10.-12. Oktober 2003 Universität München – www.kritische-geschichte.de

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.“ (Karl Marx)

Die Frage, was HistorikerInnen dazu beitragen können, die Welt zu verändern, ob sie das überhaupt können und sollten, beschäftigt heute kaum jemanden. Dies nicht, weil es am Zustand der Welt nichts auszusetzen gäbe, sondern weil sich die Geschichtswissenschaft eine gerechtere Welt nicht zur Aufgabe gemacht hat. Ganz im Gegenteil: Die Verbindung von Geschichtswissenschaft und Politik wirkt auf viele WissenschaftlerInnen zunächst suspekt. ...

Dennoch gab es spätestens seit der Aufklärung immer auch herrschaftskritische Ansätze, die sich den nationalistischen Legitimationsansprüchen widersetzten, den Verlierern der Zivilisationsprozesse eine Stimme gaben und sich als Wegbereiter für Veränderungen zugunsten einer gerechteren Welt verstanden. Die Tagung „Making History“ will an diese Tradition anknüpfend zunächst eine offene Diskussion über das Woher und Wohin kritischer Geschichtswissenschaft anstoßen. ...

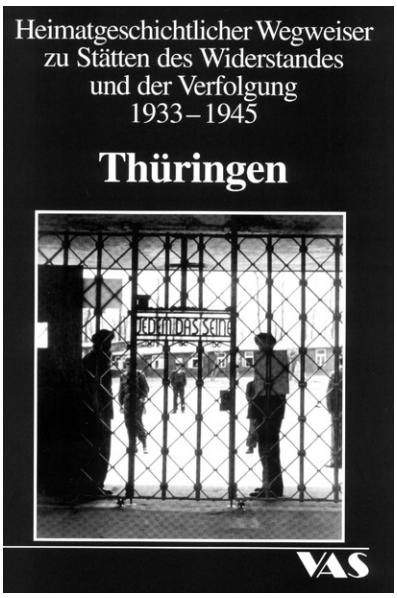
Wir bieten vor allem NachwuchswissenschaftlerInnen die Gelegenheit, eigene Forschungsprojekte und geschichtspolitische Interventionen vorstellen und diskutieren zu können. Daneben wird in Podiumsdiskussionen und Vorträgen über die gesellschaftliche Relevanz kritischer und traditioneller Geschichtswissenschaft gestritten, wissenschaftstheoretische Grundlagen kritischer Geschichte ausgelotet sowie die Fragen nach der Möglichkeit von Wissenschaftlichkeit zwischen Objektivität und Parteilichkeit und der Anwendung und Vermittlung von wissenschaftlichen Ergebnissen kontrovers diskutiert. Die Tagung soll auch die Möglichkeit bieten, Netzwerke kritischer HistorikerInnen und Geschichtsstudierenden aufzubauen und untereinander Kooperationsmöglichkeiten anzuregen. Kurzbeschreibungen der Beiträge (ca. 500 Wörter) sollten uns bis 15. Juni 2003 per Email (info@kritische-geschichte.de) oder postalisch (siehe Homepage) erreichen.

RAHMENPROGRAMM: Freitag, 10.10.2003: Streitgespräch: Geschichte und Politik, Prof. Dr. Marcel van der Linden (Herausgeber Sozial.Geschichte und International Review of Social History, International Institute of Social History, Amsterdam) (http://www.iisg.nl/research/mvl.html)
Samstag 11.10.2003: Vortrag mit Diskussion: Objektivität und Parteilichkeit, Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug (Institut für kritische Theorie, Berlin, Herausgeber Das Argument)
Sonntag, 12.10.2003: Podiumsdiskussion: Praxis und Vermittlung, Christoph Spehr (Herausgeber von alaska, Veranstalter des Kongress „outofthisworld“) N.N. Bisherige Zusagen für Panels: Leipziger Kreis: Feindbilder in Deutschland nach 1945 (www.leipziger-kreis.de), Dr. Florian Weiss (Berlin): Nationale Befreiungsbewegungen und „linke“ Geschichtsschreibung am Beispiel Irland

Veranstaltet vom Arbeitskreis Kritische Geschichte in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München
Kontakt: http://www.kritische-geschichte.de
info@kritische-geschichte.de

Wegweiser Verfolgung und Widerstand

Anfang April erschien der achte Band der vom Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt a.M. mit den Partnern in den jeweiligen Ländern erarbeiteten und herausgegebenen „Heimatgeschichtlichen Wegweiser zu Verfolgung und Widerstand in den Jahren der NS-Diktatur“. Mit Thüringen erfolgt das erstmalig zu einem ostdeutschen Bundesland. Am 10. April – dem Vorabend des Befreiungstages von Buchenwald und Mittelbau-Dora – konnten die Herausgeber die Neuerscheinung in der Landespressekonferenz in Erfurt vorstellen und der Präsidentin des Thüringer Landtages, Frau Christine Lieberknecht (CDU) ein Exemplar überreichen. Manfred Weißbecker schrieb eine Einleitung mit dem Schwerpunkt der Geschichte Thüringens seit den 20er Jahren.



Die Gliederung folgt der heutigen administrativen Struktur des Bundeslandes Thüringen. Innerhalb der alphabetisch geordneten 23 Kapitel zu den Stadt- und Landkreisen folgen nach dem gleichen Ordnungsprinzip die Gemeinden. Ein Blick auf das umfangreiche Ortsregister zeigt, dass bis zu kleinen Dörfern die Mehrzahl der Ortschaften des Landes von Widerstand und Naziterror, rassistischer Verfolgung und Euthanasie sowie Konzentrationslagern und Zwangsarbeit betroffen waren. Das Inhaltsverzeichnis nennt etwa zwanzig Autoren, die – teilweise mehrfach beteiligt – die Kapitel und Abschnitte geschrieben haben.

Viele weitere Partner haben durch Zuarbeiten oder beratend und durch Hilfeleistung in Archiven und Bibliotheken das Vorhaben bis zum erfolgreichen Abschluss unterstützt. Das gilt auch für die finanzielle Förderung, beispielsweise durch die Thüringer Staatskanzlei, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, den DGB Thüringen und viele andere mehr.

Herausgeber, Autoren und Förderer des Projekts sind sicher, dass die Publikation neue Möglichkeiten der Geschichtsarbeit in Schulen, politischer Bildung und Öffentlichkeitsarbeit von Kommunen und Einrichtungen eröffnet sowie Anregungen zu weiterer Spurensuche und Forschung vermittelt. Sie hoffen auf eine interessierte Aufnahme und weite Verbreitung der Arbeitsergebnisse. Vielleicht trägt die Lektüre dazu bei, bald in weiteren - auch ostdeutschen Ländern - die Reihe fortzusetzen.

L. Elm ■

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Bd. 8: Thüringen. Mit einem Vorwort von Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender Thüringen, hrsg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-45, Verlag VAS Frankfurt, ISBN 3-88864-343-0, 380 S., im Buchhandel oder über: Thüringer VVN-BdA e.V., Geschäftsstelle Weimar, Goetheplatz 9b, 99423 Weimar.

70 Jahre Bücherverbrennung

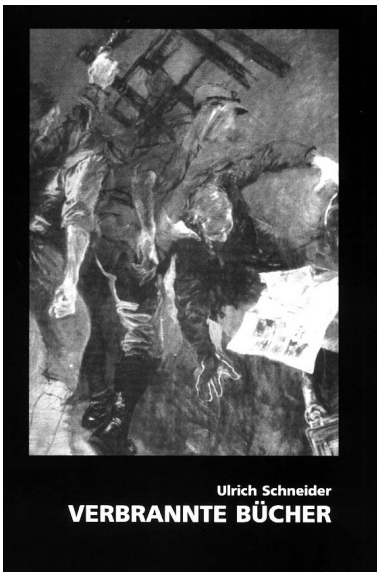
Am 30. Januar 1933 „ergriffen“ die Führer der deutschen Faschistenpartei NSDAP, was ihnen der Reichspräsident auf Drängen mächtiger Industrie- und Finanzkreise übertrug: Die Reichskanzlerschaft für Adolf Hitler. Die Errichtung der Diktatur begann mit Mord und Totschlag, mit Reichstagsbrandstiftung, mit der Ausschaltung des Reichstages per „Ermächtigungsgesetz“, mit der Verfolgung von Kommunisten, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitler-Gegner.

Hitler hatte versprochen den Marxismus auszurotten, alles was sich ihm auf den Weg in den Krieg in den Weg stellte, gewaltsam zu beseitigen. Kein Humanismus, kein Solidaritätsgefühl. Nichts sollte Platz haben und sich als mögliches Hemmnis erweisen können, den rassistischen Ausrottungsfeldzug gegen Juden, gegen Sinti und Roma, gegen Behinderte, gegen Slaven aufzuhalten.

Da ließen die Nazis kein Gebiet aus. Beim „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“, Joseph Goebbels wurden Kammern eingerichtet, die „Ungeeignetes“ Gedankengut auszusortieren und zu vernichten und die Naziideologie Förderndes zu begünstigen hatten: Reichspresse-, Reichsrundfunk-. Reichstheater-, Reichsmusik-, Reichskunst- und Reichsarchitekturkammer sowie eine Reichsschrifttumskammer.

Auf dem Gebiet der Literatur ließen die Nazis am 10. Mai 1933 ihre NS-Studentenschaft gewissermaßen als ideologische Kampfhunde los. Im ganzen Reich kam es in den Universitätsstädten zu Bücherverbrennungen. Auf die Scheiterhaufen kamen die Bücher jener Autoren, die angeblich „wider den undeutschen Geist“ geschrieben und publiziert hatten. Diese Aktion war mit ein Schritt auf dem Weg in den Krieg.

Soweit das Vorwort zu einer Broschüre, die die VVN-BdA und die Peter Imandt Gesellschaft e.V. zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennungen herausgegeben haben.



Auf 32 Seiten und im A5-Format erinnert Dr. Ulrich Schneider an das Geschehen im Mai ‘33 und erläutert die historischen Hintergründe. Die Rede von Josef Goebbels zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 in Berlin ist dokumentiert, die amtliche Liste zur „Säuberung der öffentlichen Bibliotheken“, „Feuersprüche“ zur Bücherverbrennung, Augenzeugen und Presseberichte von damals und Texte von Kästner und Oskar Maria Graf.

Eine kleine Broschüre, die kurz und knapp das enthält, was man zu diesem Kapitel deutscher Geschichte wissen sollte.

Preis: 3 Euro, zu beziehen über VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel 030-29784174, Fax 030-29784179, email: bundesbüro@vvn-bda.de, www.vvn-bda.de

33 Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt e.V.

75 Jahre nach der Gründung des Bundes Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller kann der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt auf sein 33-jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Organisation schreibender Lohnabhängiger, die zu ihren Glanzzeiten rund 600 Mitglieder in über 30 örtlichen Werkstätten aufwies, mit ihrer früheren, über 60 Bände umfassenden Fischer-Taschenbuchreihe auflagenmäßig die Millionengrenze überschreiten konnte, aus deren Reihen zahlreiche freie Schriftsteller hervorgingen, „feiert kein Jubiläum".

Nach Jahren des Stillstands tritt der Werkkreis wieder verstärkt an die Öffentlichkeit. Seit 2001 erschienen allein im Geest Verlag sieben Bücher und drei Anthologien, darunter „Uns reicht's – ein Lesebuch gegen Rechts" (Vorwort: Wolfgang Thierse), das bereits 16 Monae nach Erscheinen die 4. Auflage erreichte.

Begleitet und unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung treten Werkkreis-AutorInnen zusammen mit ausländischen Künstlern vornehmlich in Schulen auf. Selbst die ehedem „klassischen Felder" der Öffentlichkeitsarbeit, nämlich gewerkschaftliche Veranstaltungen werden wieder kulturell begleitet, wobei in jüngster Zeit verstärkt Auftritte bei politischen Parteien, respektive der SPD hinzukamen.

Die letzten Seminare (von „Mein liebster Feind – der Verleger" bis hin zu „Satire statt Kabarett?") waren geradezu überbucht und wurden insbesondere von Schreibenden aus den „neuen Bundesländern" angenommen, was jüngst zur Gründung einer Projekt-Werkstatt Leipzig führte.

Allein in diesem Jahr werden zwei weitere Anthologien und zwei Einzelbände bei Geest sowie ein neuer bayerischer Band als Fortsetzung des Erfolgsbuches „Freistaat Bayern – Land der Amigos" unter dem Titel „Alles in Ordnung? – Bayern zu Lande, zu Wasser und in der Luft" im alibri-Verlag/ Aschaffenburg herauskommen.

Mit dem Erscheinen des 1. Jahrbuches für Arbeiterkunst TARANTEL möchte der Werkkreis den Versuch unternehmen, mittels literarischer Beiträge Autoren- (Siegfried Grundmann & Kurt Küther) und Graphikerporträts (Horst-Dieter Gölzenleuchter) vor allem mit Berichten und Interviews (Dokumentarfilm, Niedergang gewerkschaftlicher Kulturarbeot, Tod der „Gastarbeiterliteratur") die Auseinandersetzung mit der „Kultur von unten" wieder in Gang zu setzen.

Internationale Kontakte wurden seit dem Beitritt zur weltweiten Dachorganisation „The Federation of Worker Writers and Community Publishers" kontinuierlich ausgebaut.

Neue Buchproduktionen, Seminarvorbereitungen, Lesungen, Büchertische, der Aufbau weiterer neuer Werkstätten und die Vernetzung mit adäquaten Vereinen, die aus den Zirkeln schreibender Arbeiter hervorgingen – so lauten die Prioritäten des jetzigen Vorstandes und der Werkstattsprecher, die größtenteils seit der Gründung vor 33 Jahren dem Werkkreis angehören.

Michael Tonfeld ■

Kontakt:
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt c/o M. Tonfeld, Drosselweg 1a, 86156 Augsburg, Tel. 0170-150 24 88, Fax 0821-721382

:ostritt

Kritik am Sudetentag in Augsburg

Das Augsburger „Forum solidarisches und friedliches Augsburg" übergab dem Stadtrat am 6. März 2003 eine 17-seitige Broschüre zum geplanten Sudetendeutschen Tag am 7./8. Juni in Augsburg. Bis jetzt kam noch keine Resonanz. Aber inzwischen wurde der Haushalt 2003 verabschiedet und der OB sprach auf dem Sudetendeutschen Gedenktag am 9. März 2003. Beide Entwicklungen waren Anlass für einen weiteren Brief des Forums an den Oberbürgermeister am 16. April 2003. Darin heißt es:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wengert, in unserer Denkschrift zum Sudetendeutschen Tag in Augsburg haben wir reichlich Gründe aufgeführt, die einer finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände, insbesondere der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Untergliederungen, seitens der Stadt Augsburg entgegenstehen. Leider sind im Haushalt für 2003 wieder 15328 Euro ausgewiesen. Zusätzlich ist im Internet (http://www.sudetendeutscher-tag.de/index2.htm) zu lesen, dass mit dem Festabzeichen die Verkehrsmittel des Regional- und Stadtverkehrs im Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund AVV auf allen Linien kostenlos zu benutzen sind. In der Grußansprache zum Sudetendeutschen Gedenktag am 9.3.2003 im Haus St. Ulrich bezeichneten Sie die Stadt Augsburg als „eine Art ‚Hauptstadt' der Sudetendeutschen". Wir können angesichts der Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen eine derartige Hervorhebung nur mit aller Schärfe zurückweisen. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten und Zielsetzungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft tut Not. Es ist auch Ihre Aufgabe, Augsburg nicht zur „Hauptstadt" von Vorurteilen, Hass und/oder neofaschistischen Parolen – wie sie von Vertretern des Sudetendeutschen Vorstandes formuliert werden – aufzubauen. Eine klare Position der Stadt Augsburg zu diesem Thema erwarten wir mit Interesse." Im Vorspann der Denkschrift heißt es: „Wir haben es uns mit der Denkschrift nicht einfach gemacht. Das zusammengetragene Material beleuchtet die offiziell vertretene Verbandspolitik – wir stellen uns nicht gegen berechtigte Interessen von Vertriebenen und Nachkommen in Form der Pflege ihrer Kultur. Wir stellen uns dagegen, dass in der Stadt Augsburg ein angekündigtes ‚Familienfest' als Deckmantel für völkerverhetzende Positionen von Verbandsfunktionären missbraucht wird. Dieses ‚Trojanische Pferd' sollte in Augsburg keinen Stall finden." Die Denkschrift ist sowohl über die VVN als auch über das Forum erhältlich. Sie kann außerdem heruntergeladen werden in der Forum-Homepage: *www.forumaugsburg.de* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die Rechte entdeckt Europa neu

Junge Freiheit Nr. 20/03 vom 9. Mai

Die lang gehegte Ablehnung jeglicher europäischer Vereinigung löst sich zusehends auf. Grundlage ist ein tiefverwurzelter Antiamerikanismus. In dieser Ausgabe erklärt Eberhard Straub seine Vorstellungen und – imperialen – Hoffnungen: „Die USA waren hilfreich und notwendig für die Europäer. Jetzt fangen sie allmählich an, unter vollständig veränderten Verhältnissen, ihnen lästig zu fallen. Die USA werden zunehmend nervöser im Umgang mit den Europäern und unberechenbarer ... Die Scheidung ist unvermeidlich. Paris, Berlin, Moskau, das deutet auf eine künftige multipolare Ordnung, mit China, Japan und Indien, der sich die USA werden fügen müssen ... Eine ‚neue Welt' entsteht. Die USA können diese Entwicklung nur verzögern, aber nicht verhindern. Das 21. Jahrhundert wird sowenig wie das 20. ein amerikanisches Jahrhundert sein."

Alain d'Benoist und „Kerneuropa"

Junge Freiheit Nr. 21/03 vom 16. Mai 2003

In dieser Ausgabe führt d'Benoist die Debatte fort und unterstützt vorsichtig den Vorschlag von Giscard d'Estaing zur Reform der EU. Jedoch: „Europa braucht keine institutionelle Reform, sondern eine regelrechte Neugründung. Unter den gegebenen Umständen kann eine solche Neugründung nur von einem ‚harten Kern' ausgehen, das heißt von einer kleinen Gruppe von Ländern, die gewillt sind, eine echte Föderalstruktur aufzubauen. Dies bedeutet eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik ebenso wie die Schaffung einer von der Nato unabhängigen europäischen Armee. Die Bedingungen sind insofern günstig, als die aktuelle Krise unmittelbar aus der erklärten Absicht Washingtons resultiert, seinen europäischen Verbündeten das Gebaren von Vasallen abzuzwingen ... Deutschlands Treue zu den USA schob wahrhaft europäischen Ansätzen bislang einen Riegel vor. Die Aufkündigung dieser Hypothek ebnet den Weg für eine starke Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Alle anderen Staaten, denen etwas daran liegt, aus Europa eine unabhängige politische Einheit zu machen, werden sich diesem Aufbruch in eine neue Richtung sukzessive anschließen." Gleichzeitig veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem Islamwissenschaftler Rainer Glagow, der ein wildes Bild malt. Auf die Frage: „Wie viele radikale Moslems gibt es in Deutschland?" antwortet er: „Darüber streiten sich die Experten, vermutlich handelt es sich um etwa 100.000 militante Personen. In Großbritannien billigten etwa zehn Prozent der Muslime die Anschläge vom 11. September 2001. Wenn man diese Zahl auf Deutschland überträgt, wären das bei 3,5 Millionen Muslimen hierzulande mindestens 350.000 Sympathisanten für den radikalen Islam. Hier wächst also ein Radikalismus heran, der bei weitem über das Potenzial von Links- und Rechtsradikalismus in Deutschland hinausgeht."

uld ■

Österreicher in NPD-Blatt

Deutsche Stimme April 2003

Die Deutsche Stimme, Organ der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), räumt in der April-Ausgabe Österreich viel Platz ein. Die in Baden lebende Johanna Christina Grund, vormalige Europaparlamentarierin der Republikaner und nunmehrige Anti-EU-Vorkämpferin in der rechtsextremen Szene Österreichs, setzt sich kritisch mit dem Kabinett Schüssel II auseinander. Im Unterschied zum Februar 2000, als „Optimismus" und „Aufbruchsstimmung" das „Parlament erleuchtete", sei im März 2003 davon nichts mehr zu bemerken gewesen. Zudem führe die bei den Wahlen erstarkte ÖVP die geschwächte FPÖ „als Zwergpudel an der Leine". Sorgenvoll meint Grund: „Das unverwechselbare Profil national-freiheitlicher Erneuerung wiedergewinnen [...] werden die Freiheitlichen als Schüssels Wauwau freilich nicht." (Deutsche Stimme 4/2003, S. 2)

Helmut Müller, führender Aktivist der Österreichischen Landsmannschaft, Autor in *Zur Zeit* und einer der österreichischen NPD-Verbindungsleute, stellte sich wieder einmal als Interviewpartner zur Verfügung. Neben den schon bekannten Analysen zum Abstieg der FPÖ lässt Müller mit seiner hoffnungsvollen Prophezeiung aufhorchen, dass „radikalere[n] Bewegungen oder Parteien" dem „Rechtspopulismus" folgen würden. Daneben äußert sich der als „Islam-Experte" titulierte Publizist über die Bedrohung durch den Islamismus. Dieser sei nur im Inneren Europas eine Gefahr, im globalen Rahmen hingegen ein potentieller Bündnispartner. Denn für islamistische Kräfte sei nicht „Deutschland oder Europa" der „Feind", sondern „der durch die Vereinigten Staaten und deren Gesellschaftssystem repräsentierte Westen". Weil dieser auch das primäre Feindbild der Rechtsextremen darstellt, „könnte die islamische Welt-Gemeinschaft ja tatsächlich als Verbündeter und die islamische Kultur als Bollwerk gegen weltherrschaftliche Ansprüche eines Kulturen, Arten und Völker vernichtenden globalen Kapitalismus angesehen werden". (Ebenda, S. 3)

Schließlich findet sich in der Deutschen Stimme unter dem Titel „Der Repression getrotzt" noch ein Kurzbericht über den „Tag der volkstreuen Jugend", den der Bund Freier Jugend am 8. März in der Nähe von Linz veranstaltet hat.

Neues von Rechts
www.doew.at ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Wiederaufbau nur bei Aufträgen für deutsche Firmen

„Die Republikaner haben Bundeskanzler Schröder aufgefordert, einer Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau im Irak nur bei entsprechender Auftragsvergabe an deutsche Unternehmen zuzustimmen", heißt es in einer Pressemitteilung des REP-Bundesvorstandes. „Wenn Washington und London die einseitige Bevorzugung britischer und amerikanischer Firmen bei der Vergabe von Aufträgen mit den von ihren Ländern erbrachten Aufwendungen und Opfern begründen wollten, sei es für die deutsche Regierung höchste Zeit, die Gegenrechnung aufzumachen."

Quelle: PM REP-Bundesgeschäftsstelle ■